

nach die erhoffte Beruhigung des Wirtschaftslebens. Die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bilden eine viel sicherere Grundlage für die Schlichtung als alle Zwangsvorschriften. Von diesem Gesichtspunkt aus können die Gewerkschaften auch dem Anrufzwang gegen den Willen der Parteien nicht zustimmen. Sie meinen, daß es völlig genüge, wenn das Gesetz vorschreibt:

Wird bei einer Gesamtfreiheit die zuständige Schlichtungsstelle oder Schlichtungsbehörde von einer beteiligten Partei angerufen, so hat sie das Schlichtungsverfahren einzuleiten, die beteiligten Parteien zur Verhandlung zu laden und falls eine Einigung nicht zustande kommt, einen Schiedsspruch zu fällen.

In der Begründung dieses Vorschlages wird darauf verwiesen, daß durch gesetzliche Zwangsbegriffe das Vertrauen der Mitglieder zu den Organisationen nicht gestärkt, sondern untergraben wird. Weiter aber auf den Unterschied, ob die Gewerkschaften ihre Mitglieder durch die Verbandsleistungen verpflichten, oder ob sie gesetzlich dazu gezwungen werden:

„Freiwillige Pflichten wirken erzieherisch, während gesetzlicher Zwang schematisch wirkt und erbittert und die Handhabe bildet zu Schabenerkenntnissen, die die Gewerkschaften gefährden. Eben weil die Gewerkschaften selbst solche Verpflichtungen übernommen haben, empfinden sie die Bedrohung durch Zwang als unerträglich und gefährlich.“

Die Vorstände des ADGB und AfU-Bundes erklären weiter, daß sie keineswegs die schwierige Lage der lebenswichtigen Betriebe und die große Verantwortung der Regierung für die ihr anvertrauten öffentlichen Interessen verkennen. Sie sind auch durchaus der Meinung, daß wirtschaftliche Kämpfe, insbesondere in lebenswichtigen Betrieben erst dann stattfinden würden, wenn alle Möglichkeiten des friedlichen Ausgleichs vollständig erschöpft sind. Sie sind weiter bereit, die Durchführung der erforderlichen Notstandsarbeiten zu übernehmen, um schwere Schäden für Volk und Wirtschaft zu verhüten. Ein dahingehendes Reglement für Streiks in lebenswichtigen Betrieben und zur Verhütung wilder Streiks wird dem Gewerkschaftskongress des ADGB in Leipzig, sowie der Ausschusssitzung des AfU-Bundes zur Beschlussfassung unterbreitet. Die Sätze des Reglements würden dann in alle Gewerkschaftsorganisationen aufzunehmen sein. Wenn so die beiden Spitzenverbände der deutschen Gewerkschaften selbst die Gewähr übernehmen, durch gewerkschaftliche Verpflichtungen die Streikbewegung in geeignete Bahnen zu lenken, so erwarten sie von dem Reichstag, daß dieser den Versuchen, das Schlichtungswesen durch gesetzliche Zwangsvorschriften zu verschärfen, entgegentritt und die Fassung des § 55 des Regierungsentwurfes ablehnt.

In der neuen Fassung des Entwurfs wurde der Grundsatze übergegangen, daß bei Beteiligung mehrerer wirtschaftlicher Vereinigungen auf Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerseite jede Partei selbst darüber entscheidet, mit wem sie gemeinsam verhandeln will. Durch die Ueberweisung der Entscheidung an das Schlichtungsamt entsteht die Gefahr, daß der Streit in dessen Verhandlungen hineingetragen wird und Zwangsstreitgenossenschaften gegen den Willen der Beteiligten herbeigeführt werden, die das Zustandekommen der Einigung in Frage stellen können. Die Gewerkschaften verlangen deshalb den ersten Regierungsentwurf, soweit die §§ 68 und 69 in Frage kommen.

Der Leipziger Gewerkschaftskongress hat es in der Hand, durch die Annahme der ihm vom Bundesausschuß des ADGB unterbreiteten „Regeln für die Führung von Lohnbewegungen und Unterstützung von Streiks in gemischten Betrieben“ den Gewerkschaften selber die erforderlichen Befehle zu geben. Damit würden die unannehmbaren Bestimmungen des Entwurfs der Schlichtungsordnung auch in weiteren Kreisen als überflüssig und der Sache schädlich erkannt und die den Bedürfnissen der Gewerkschaften entsprechenden Abänderungen erfahren, so daß wir bald zu einer wirklichen Schlichtungsordnung kommen werden.

Der neue Kommunistschwindel.

Unter der Maske der Parteilosigkeit.

Am Sonntag und Montag tagte im Reichstagsgebäude der Zentralkomitee der KPD. Wie der Sozialdemokratische Parlamentsdienst erzählt, war der Zweck dieser Beratung, an der Kadek teilnahm, die Taktik der Partei in der Frage der sogenannten „Einheitsfront“ festzulegen. Es wurde beschlossen, überall die Gründung von Orts- und Fabrikkomitees zu betreiben, die unter der Maske der Parteilosigkeit auftreten und für den kommunistischen „Einheitsfront“-Schwindel Stimmung machen sollen. Wahrscheinlich wird ein Aufruf im Sinne dieser Taktik veröffentlicht werden.

Wieder einmal greifen also die Zerstörer der Arbeiterbewegung zu dem Mittel der „List und der Verstellung“, das ihnen von Lenin empfohlen wurde, um ihr schändliches Werk fortzusetzen. Sie haben sich jetzt auf die alte Methode der Kriegervereine besonnen, die unter der Maske der Parteilosigkeit für den Potsdamer Geist werden, mit denselben Mitteln wollen sie jetzt für den Moskauer Geist werden. Sie wagen es nicht mehr, ihr Gesicht zu zeigen, sie wissen, wie die ungeheure Mehrheit der deutschen Arbeiter über Leute denkt, die in Rußland eingelernte Sozialisten verhungern lassen und die in Deutschland Arbeiterkongresse, wie neulich den Bauarbeiterkongress in Leipzig, mit Knütteln auseinanderjagen. Diese scheinheilige Gesellschaft, die unter der verlogenen Parole der „Einheitsfront“ das Gegenteil von dem erstrebt, was sie zu wollen angibt, die nur darauf ausgeht, die Arbeiter gegeneinander aufzuheben und ihre Organisationen in Scherben zu schlagen, will sich jetzt unter das schützende Dach der „Parteilosigkeit“ retten, um ihr niederträchtiges Geschäft fortsetzen zu können.

Wir vertrauen darauf, daß unsere Genossen im Lande den „parteilosen“ KPD-Schwindlern die Maske rücksichtslos vom Gesicht reißen werden. Mit ehrlichen Begnern mag man sich ehrlich auseinandersetzen, aber diese Politik der Kniffe und Puffe, der Einschleierei und Heuchelei muß jeden anständigen Menschen mit Gefühlen des Ekel und der Berachtung erfüllen. Es ist eben die Politik der moralisch minderwertigen, wie sie früher im kleinen getrieben haben, treiben sie jetzt im großen. Hebel kannte seine Leute, als er im Jahre 1912 auf dem Chemnitzer Parteitag sagte:

„Ich bitte zu beachten, daß die Beschuldigung... von einer Persönlichkeit ausgeht, über deren moralische Qualitäten nach dem, was wir hier gehört haben, wohl keinerlei Meinungsverschiedenheiten bestehen. Ich will der Persönlichkeit nicht einmal die Ehre antun, ihren Namen zu nennen.“

Diese Persönlichkeit, von der damals auch Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg mit Grauen abrückten, war eben jener Karl Kadek, der jetzt die Politik der KPD bestimmt. Darum ist sie auch danach!

Nur keinen Scheidemann-Frieden!

In der „Deutschen Zeitung“ bricht Herr Paul Krellmann eine Lanze für die christlich-nationalen Gewerkschaften, die keineswegs mit dem Zentrum in einen Topf zu werfen und für die Deutschnationalen durchaus kein ausichtsloser Fall wären. Im Laufe der Beweisführung für diese These bringt dieser Herr Krellmann u. a. auch folgendes an:

Ebenso wird verschwiegen, daß genug christlich-nationale Gewerkschafter im Kriege mit der Verzichtspolitik eines Bethmann Hollweg und seiner Nachfolger nicht einverstanden gewesen sind. Ich selbst, der ich früher in einem der christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegungen angeschlossenen Verbände beruflich tätig gewesen bin, habe während des Krieges wiederholt in der „Deutschen Zeitung“ Aufsätze veröffentlicht und selbstverständlich nicht im Sinne eines Scheidemann-Friedens.

Der „Scheidemann-Frieden“, das war bekanntlich der Verständigungsfrieden, der vor der Niederlage einer der beiden

Teile geschlossen werden sollte, der Frieden des gerechten Ausgleichs, bei dem deutsch bleiben sollte, was deutsch ist und französisch, was französisch ist, der Frieden ohne Annexionen und Kontributionen. Herr Paul Krellmann ist offenbar ein besonders weitläufiger Politiker, da er sich auch heute noch etwas darauf zugute hält, Begner eines solchen Friedens gewesen zu sein. Wir anderen würden auf den Knien dafür danken, wenn wir heute nur den „Scheidemann-Frieden“ hätten, der von den großen und kleinen Krellmannern mit solcher Wut bekämpft worden ist.

Elternbeiratswahlen in Hamburg.

Erfolge der Sozialisten.

Hamburg, 15. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Am Sonntag fanden in den höheren Volksschulen Hamburgs die Elternbeiratswahlen statt. Von der Reaktion war mit Hilfe nationalsozialistischer Lehrer und der Presse wochenlang eine heftige Propaganda für sogenannte unpolitische Listen gemacht worden, mittels deren der Einfluß der Sozialdemokratie auf die Schulen und die Hamburger Schulreform beseitigt werden sollte. Der Wahlausfall war ein erbärmlicher Reinfall für die Schulreaktion. Auf die Liste „Schulfortschritt“, die von der Sozialdemokratie und USP gemeinsam aufgestellt war, entfielen 1300 Sitze, wozu noch 73 Kommunisten kamen, während es die unpolitischen Listen zusammen mit den Demokraten nicht einmal auf 600 brachten.

Der Arbeitsplan des Landtags.

Der Vorkomitee des Landtags beschloß am Montag, die Redezeit beim Verghaushalt für jede Fraktion auf zwei Stunden zu erhöhen, da auch die Streikverhältnisse im Ruhrgebiet besprochen werden sollen. Nach Erledigung des Verghaushalts sollen vor Pfingsten noch das Gesetz über das Kraftwerk Hannover und die Haushalte des Ministeriums für Volkswohlfahrt und des Justizministeriums erledigt werden.

Der „Bauernaufstand“ auf Rügen.

Durch die agrarische Presse macht eine Notiz die Kunde, wonach auf Rügen 500 Landwirte sich zusammengedrängt haben, vor die Wohnung des Landrates, Genossen Nielsen, in Bergen gezogen sind und von ihm die Erklärung erpreßt haben, daß durch eine Sachverständigenkommission Nachprüfung der Umlage erfolgen würde. Daran wird die Drohung geknüpft, daß, wenn man nicht endlich die Stimme des Landvolkes höre und ihm das verfassungsmäßige Recht der Gleichheit für alle zugestehet, diese Bauerndemonstrationen zu einer häufigen Erscheinung werden und „weitere Landräte Preußen-Deutschlands genau so gezwungen werden, den Agrariern entgegenzukommen“.

Nun ist aber das ganze Geschrei der agrarischen Presse über diese Bauerndemonstration maßlos übertrieben. Tatsache ist, daß nicht fünfhundert, sondern etwa 150 Bauern vor der Wohnung des Landrates auf Rügen demonstriert haben. Falsch ist, daß der Landrat die Nachprüfung der Umlage durch eine Sachverständigenkommission zugesagt hat. Richtig ist, daß er sich davon überzeugt hat, daß etwa 10 Leute mit einer zu hohen Umlage belegt wurden und aus diesem Grunde nur bei diesen eine Nachprüfung versprochen hat. Selbstverständlich hat der sozialdemokratische Landrat auf Rügen ausdrücklich erklärt, daß er an der Umlage festhält.

Eine Regierung würde verantwortungslos handeln, die unter Außerachtlassung der bestehenden Verhältnisse im allgemeinen und der Ernährungsverhältnisse im besonderen die vollständig freie Getreidewirtschaft einführen würde. Deshalb sind die „Demonstrationen“ der Bauern wirklich zwecklos.

Preussischer Städtetag. Am 26. und 27. Mai tagt in Gosslar der Preussische Städtetag. Alle sozialdemokratischen Teilnehmer des Städtetages werden ersucht, bereits am 25. Mai, vormittags 10 Uhr, im Saale des Hotels „Hannoverscher Hof“ zu einer Besprechung wichtiger Fragen zu erscheinen. Anmeldungen sind zu richten an den Genossen Senator Fr. Knoblauch, Gosslar, Ob. Schildwache 6a.

Ein Vorschlag zur Güte.

Von Repomul.

Kürzlich war ich in Bremen. Und wie sich das gehört, besuchte ich dort auch den alten prächtigen Ratsteller. Nun, ich will keinem den Mund währig machen...

Alle paar Stunden ist in diesem Keller eine „Führung“. Ein „Ober“ geht durch die weiten Räume und klappert verheißungsvoll mit einem großen Schlüsselbund. Wer dann will, läßt seinen Schoppen im Stich und folgt diesem Rattenfängergeräusch. Hat sich eine hinreichende Schar von Gästen zusammengefunden, so setzt der „Ober“ als kundiger Cicerone an die Spitze, erschließt sonst nicht zugängliche Räume und erklärt mit der solchen Führer stets eigenen Gelehrsamkeit all die Sehenswürdigkeiten, die diese gewaltigen Kellerräume bergen.

Man sieht mächtige Fässer in langen Lagern und hört von ihrem Inhalt. Und kommt von einem Staunen ins andere über diese Quantitäten wie Qualitäten, die darin durstiger Kehlen harren.

Zum Schluß gelangt man in den köstlich-muffigen Rose-Keller und darf hier die Fässer sehen, in denen die ältesten und kostbarsten Weine lagern. Und darunter ist eins, das birgt den allerältesten und allerkostbarsten. Das ist ein Radesheimer aus dem Jahre 1653.

Und der Ober, der es doch wissen muß, weiß unter ehrfurchtsvollem Schweigen aller anderen — wie sich das auch ziemt — darauf hin, daß das Stück dieses Weines Anno 1653 300 Goldtaler gekostet hätte, und das bedeutet, daß sich die Flasche — ja wohl, die einzelne Flasche — bereits 1914 auf 120 Millionen Mark gestellt habe, wohlverstanden 120 Millionen Goldmark. „Selber hat man aufgehört, den Preis weiter zu berechnen,“ fügt er mit malitösem Lächeln hinzu.

Ich fühle mich auch nicht imstande, die Preissteigerung durch Zins und Zinseszins bis in die jüngste Gegenwart zu ergründen. Lieber nehme ich an, daß der Wein seit 1914 nicht im Preise gestiegen ist. Aber schließlich weiß man, daß eine Goldmark heute so praeter propter mindestens dreißig Papiermark wert ist, und das heißt dann, daß eine Flasche jenes Radesheimers zurzeit mindestens 3,6 Milliarden repräsentiert. Das könnte selbst für einen Mann aus dem Dollarlande ein bißchen happig sein, und die Nachfrage nach dem Wein dürfte zu wünschen übrig lassen.

Ich weiß freilich auch nicht, ob man ihn überhaupt verkaufen würde. Nach den Aussagen des Obers, an deren Richtigkeit ich doch nicht zu zweifeln ist, wurde das Faß seit Jahrzehnten nur in Anspruch genommen, um den unterschiedlichen deutschen Kaisern gelegentlich eine Flasche zuzustellen zu lassen. Als einziges ungekröntes Haupt erhielt auch Hindenburg eine Spende.

Wie nun, da es keine Kaiser und Könige mehr gibt und auch die Zeit der Kriegesbeiden a la Hindenburg wohl vorbei ist? Im Grunde ist doch der Wein nun überflüssig; denn Präsidenten, Reichskanzler, Dichterbühnen und dergleichen mindere Menschenkinder können schließlich auch ohne derartige Kostproben auskommen.

Da würde ich nun einen Gedanken zur Diskussion stellen, den ich für geradezu genial halte (wie die meisten meiner Gedanken): Wie wäre es, wenn man das Faß Radesheimer von 1653 dazu gebräute, um unsere Kriegsschuld einzulösen? Ich weiß, ehrlich

gesagt, nicht, wie viele Gold- oder Papiermilliarden wir noch zu zahlen haben. Ich weiß auch nicht, wie viele Flaschen von dem 1653er das Faß noch enthält. Aber wären es ihrer auch nur noch Hundert, so bedeutete das schon ein Minimum von 400 bis 500 Milliarden, und das wäre immerhin etwas. Bei uns lagert der Wein sozusagen überflüssigerweise; niemand würde sein Fehlen schmerzlich entbehren; nicht einmal die Beschäftigung des Bremer Ratstellers brauchte deshalb eingestellt zu werden und der Ober auf seine Neben-einnahme zu verzichten. Andererseits würde Herr Poincaré zu einem guten Tropfen kommen — noch angenehmer als der deutsche Herr Hermes zu dem seinigen. Ein paar Flaschen dieses Weinhauses den Herren Konferenzteilnehmern in Genua auf die Tafel gestellt, würden die Verständigung vielleicht wunderbar beschleunigen und einen Geist der Versöhnlichkeit, ein Gefühl brüderlicher Verbundenheit hervorzaubern, das herrlichste Früchte tragen könnte. Die Sache muß in Angriff genommen werden. Herr Minister Rathenau, nehmen Sie die nächste Gelegenheit wahr und proponieren Sie der Reparationskommission die vorgeschlagene Sachleistung als zweckmäßigste Lösung der Wiedergutmachungsfrage!

Ein Forschungsinstitut für Bakterien. Die im Kriege unternommenen Versuche, für die bisher aus dem Ausland bezogenen Faserstoffe, wie Baumwolle, Seide usw. inländische Ersatzstoffe zu schaffen, haben zwar zu keiner endgültigen Lösung geführt, aber die mit der Textilindustrie zusammenhängenden wissenschaftlichen Fragen in den Vordergrund gestellt. Es sind daher verschiedene Forschungsinstitute für diese Gebiete entstanden, so zuachen, Dresden, Reutlingen, Sorau und anderwärts. Diese Institute haben sich zumeist spezialisiert. So beschäftigt man sich z. B. in Reutlingen hauptsächlich mit Baumwolle, während Sorau dem Studium der Bastfasern sich widmet. Ueber dieses „Forschungsinstitut für Bastfasern“ zu Sorau in der Niederlausitz berichtet Dr. Willi Müller in der „Mischau“. Das Institut ist infolge der vielen Anfragen, die von den verschiedensten Seiten ergingen, zu einer Materialprüfstelle für die deutsche Bastfaserindustrie ausgebildet worden. Die dort arbeitenden Gelehrten sind auf botanischem, bakteriologischem und chemischem Gebiete tätig. Um guten und wertvollen Faserflachs zu erhalten, bedarf der Landwirt einwandfreier Saat, und deshalb beschäftigt sich die Landwirtschaftliche züchterische Abteilung hauptsächlich mit der Ausprobung der besten Saaten und den praktikabelsten Methoden der Anpflanzung. Die botanische Abteilung richtet ihr Hauptaugenmerk auf die Flachs- und Hanfkrankheiten, um Mittel dagegen zu finden, und sie sucht auch Ersatzfaserstoffe, die sich für industrielle Zwecke eignen könnten. Die bakteriologische Abteilung beschäftigt sich hauptsächlich mit den Fragen der biologischen Aufschließung des Röstprozesses, der für die Gewinnung der Faser aus dem Rohmaterial notwendig ist. Da für den Spinner und Weber die Festigkeit des Materials von größter Wichtigkeit ist, hat man sich mit dieser Eigenschaft der Bastfaser beschäftigt und festgestellt, daß Säuregehalt und Festigkeit des Flaches in enger Beziehung stehen. Es wird also die Säurebildung im Röstprozeß geprüft und ihre schädliche Wirkung nach Möglichkeit ausgeschaltet. Die Untersuchung der Röstwasser liegt der chemischen Abteilung ob, die sich auch mit der Verwollung des Flaches beschäftigt.

Dem Institut ist eine Sammlung angegliedert, die zugleich den Arbeiten der einzelnen Abteilungen und der Schaustellung dient, und eine Bücherei, die die Fachliteratur und die Patente in möglichster Vollständigkeit sammelt.

Die amerikanischen Ärzte über das Alkoholverbot. Das führende medizinische Blatt der Vereinigten Staaten hat eine Umfrage bei den amerikanischen Ärzten veranstaltet, in der sie sich über das Alkoholverbot äußern sollten. 53 900 Ärzte wurden befragt, und von ihnen haben 31 115 geantwortet. Die Ergebnisse dieser interessanten Umfrage werden in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ mitgeteilt. Auf die Frage, ob sie Alkohol für die Heilwissenschaft für notwendig halten, haben 51 Proz. bejahend, 49 Proz. verneinend geantwortet; unter den Befragten befanden sich vor allem die Ärzte der größeren Städte. Wichtig wird von den Anhängern des Alkohols bei den verschiedensten Krankheiten verwendet und für das wichtigste Heilmittel gehalten; Wein erklärten nur 32 Proz. für notwendig, Bier 26 Proz. Von 1227 Ärzten des Weinlandes Kalifornien sprachen sich nur 415 für den Wein aus. Ein Viertel aller Ärzte gaben an, daß sie infolge des Alkoholverbotes Gesundheitschädigungen, ja, selbst Todesfälle gesehen hätten. Diese Schädigungen bezögen sich z. T. auf den Gebrauch verfällichten Whiskys, des sog. Holzalkohols. Nur 2 Proz. aller Ärzte ist der Ansicht, daß die dem Arzt freistehende Zahl von 100 Whiskyrezepten in drei Monaten, durch die etwa 50 Liter Alkohol verschrieben werden können, zu niedrig sei; die große Mehrzahl der befragten Ärzte hielt eine Beschränkung in der Zahl der Alkoholverordnungen für notwendig. Aus den Listen ergibt sich, daß es hauptsächlich die Ärzte der Großstädte sind, die den Alkohol für nötig halten; hier ist der Hauptstich der Alkoholfreunde; die Ärzte des platten Landes verwerfen den Alkohol fast durchweg.

Aus Tschalkowskys Erinnerungen. Der berühmte russische Komponist Peter Tschalkowsky hat sehr interessante Erinnerungen hinterlassen, in denen er seine Begegnungen mit berühmten Kollegen beschreibt und die jetzt durch eine neue Ausgabe bei Reclam allgemein zugänglich werden. Von seiner ersten Begegnung mit Brahms erzählt er: „Zum ersten Male im Leben hatte ich Gelegenheit, dem berühmtesten unter den zeitgenössischen deutschen Komponisten gegenüberzutreten. Brahms ist nicht groß an Wuchs und etwas gelebte. Sein häßlicher, grauer Kopf erinnerte mich an einen sechsguten, ältlichen russischen Geistlichen. Für einen Deutschen charakteristische Züge hat Brahms meines Erachtens gar nicht, und mir ist es unangenehm, wie ein gewisser gelehrter Ethnograph (ich fühle mich dabei auf eine eigene Mitteilung des Komponisten) gerade seinen Kopf für das Idealbild eines Buches wegen seiner charakteristisch germanischen Züge wählen konnte. Eine gewisse Welchheit und sympatische Rundung der Linien, ziemlich langes, dünnes, graues Haar, gerade, freundliche Augen, ein dicker, grau melierter Bart, alles das erinnert weit eher an den Typus des echten Großrussen, wie man ihn besonders oft unter Personen geistlichen Standes antrifft. Brahms bewegte sich äußerst einfach und ungeniert, ohne allen Hochmut, und die Stunden, die ich in seiner Gesellschaft verbringen durfte, haben mir eine sehr angenehme Erinnerung hinterlassen.“ Von Schumann erzählt Tschalkowsky nach den Mitteilungen seines Jugendfreundes Reinecke einige Züge: „Schumann

Die Reparationsbesprechungen in Paris.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes, der am Sonnabend den Vorsitzenden der Reparationskommission Louis Dubois besucht hat, stattete gestern dem englischen Delegierten John Bradburn, dem belgischen Delegierten Delacroix, dem italienischen Delegierten Salvago Raggi, sowie dem amerikanischen Vertreter bei der Reparationskommission Bonden Besuche ab. Die Besprechungen nehmen heute ihren Fortgang.

Ministerpräsident Poincaré hat gestern vormittag den Vorsitzenden der Reparationskommission Dubois empfangen. Er gibt an, daß Dubois im Laufe der Unterredung mit dem Ministerpräsidenten diesem Mitteilungen über seine Besprechungen mit Hermes gemacht hat.

Die französischen Generalratswahlen.

Paris 15. Mai. (E.) Bei den gestrigen Generalratswahlen erhielten die Konservativen 131 Sitze, die Demokratische-Republikanische Vereinigung (Nationaler Block) 498, die Radikalsozialisten und Republikanischen Sozialisten (bürgerliche Gruppe Viviani-Painlevé. Red.) 466, die Sozialistenpartei 45, die Kommunisten 16 Sitze. Insgesamt ist bei 14 Sitzen eine Verschiebung nach links eingetreten.

Das Kompromiß von Genua.

Genua, 15. Mai, 5 Uhr nachm. (Sonderbericht des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes.) Die heutige Sitzung der ersten Kommission des politischen Ausschusses hat keine Überraschungen gebracht. Zunächst wurde die bekannte Note der Russen verlesen. Schanzer erklärte, daß er bereits mit Tschitscherin Rücksprache genommen und die Vorwürfe als unberechtigt zurückgewiesen habe. Die Beratungen der Unterkommission hätten sich lediglich auf die Beantwortung der russischen Note sowie auf das Memorandum erstreckt, und es sei selbstverständlich unmöglich gewesen, dazu die russische Delegation einzuladen. Sodann erfolgte nach kurzer Beratung die Annahme der bereits am Sonntag von Lloyd George gemachten und von den Alliierten gutgeheißenen Vorschläge, die mit einem gleichfalls von dem englischen Ministerpräsidenten verfaßten Begleitschreiben inzwischendessen den Russen übermittelt worden sind. Außerdem wurde ein Anhang zu den Vorschlägen angenommen, der den Entwurf der Antwortnote an die russische Delegation enthält.

In dem offiziellen Text bestätigt sich, daß Deutschland von sämtlichen Haager Besprechungen ausgeschlossen wird. Am 15. Juni werden zunächst die in Genua versammelten Mächte, ausschließlich Rußland, zusammentreten, jedoch erst am 26. Juni gemeinsame Beratungen mit der russischen Spezialkommission stattfinden. In Amerika soll eine Einladung gerichtet werden, sobald feststeht, daß die Vereinigten Staaten zu deren Annahme bereit sind. Dem Ausschuss der Alliierten und Neutralen, der am 15. Juni zusammentritt, soll das Entscheidungsrecht darüber zustehen, wie die Spezialkommission zur Führung der späteren Verhandlungen mit der russischen Kommission zusammengesetzt wird. Bemerkenswert ist in den Vorschlägen die Klausel 5, nach der den einzelnen Mächten Sonderverträge gestattet sind, wenn es in einer Frist von drei Monaten nicht gelingt, gemeinsame Empfehlungen über alle ungelösten russischen Fragen wie Schulden, Privateigentum und Kredite vorzulegen, und wenn die gegebenenfalls vorgelegten Empfehlungen nicht einen Monat nach dem Datum der Annahme von den Regierungen der Kontrahenten angenommen worden sind. Den Schluß der Vorschläge bildet eine Empfehlung an die Regierungen der vertretenen Delegationen, keine privaten Abkommen bezüglich der früher anderen Ausländern geborenen Güter anzuerkennen oder zu unterstützen, bevor die Arbeiten der Sachverständigenkommission beendet sind und vor der Annahme ihrer Empfehlungen, falls eine solche erreicht werden sollte. Betont wird noch, daß die belgische und französische Delegation bisher die Vorschläge nicht unterzeichnet haben, jedoch erklärten, ihren Regierungen eine Unterzeichnung anzupfehlen.

war ein echter Melancholiker; seine Schweigsamkeit war erstaunlich; es schien, als ob ihm jedes Wort große Anstrengung kostete. Auffällig in seiner musikalischen Organisation war auch, daß er ganz unfähig war, zu dirigieren. Keinedes erzählte mir Fälle, aus denen hervorgeht, daß er sogar den Klang der einzelnen Instrumente nicht gut unterscheiden konnte und daß das für den Kapellmeister so unentbehrliche angeborene rhythmische Gefühl bei ihm nur ganz unbedeutend entwickelt war. Wie schwer sind diese Anomalien bei einem Musiker zu begreifen, der, nach seinen Kompositionen zu urteilen, gerade in bezug auf den Rhythmus so erfindungsreich war! Zu Krieg trat der russische Meister in ein enges Freundschaftsverhältnis. Der norwegische Komponist war sehr klein und von schwächlichen Aussehen, hatte große blaue Augen mit dem Blick eines unschuldigen Kindes, und seine von ihm unzertrennliche Gattin war nicht viel größer. Als daher Tschalkowsky in einem Konzert mit dem Orie-gischen Ehepaar erschien, sagte man: „Da sieht Tschalkowsky und neben ihm seine Kinder!“ „Das wurde ganz ernsthaft gesagt“, meint der Meister, „und ist auch gar nicht so wunderbar, wie es auf den ersten Augenblick sich ausnimmt, denn ich bin grau und greisenhaft, und Krieg, der 45 Jahre alt ist, und seine Frau sehen, zumal sie beide klein sind, von weitem sehr jugendlich aus.“

Die kleine Zehe der Modellaune geopfert! Die Chinesin, die aus einem nationalen Schönheitsideal heraus ihre Füße verkrüppeln läßt, ist noch gar nichts gegen die neuesten Modenarrinnen, die sich die kleine Zehe abnehmen lassen, um in die spitzen Schuhe von heute hineinzuwinkeln. Solche Operationen werden, wie wir einem Londoner Blattentwerfer, tatsächlich ausgeführt. In verschiedenen Krankenhäusern des Londoner Westens haben sich elegante Damen die kleine Zehe abnehmen lassen, und dabei leitete sie kein anderer Grund, als der brennende Wunsch, die neuesten Schuhe, die sie sich gekauft hatten, auch wirklich anziehen zu können. Ein Berichterstatter schildert uns in lebhaften Farben die Räte und Qualen der Frauen, die sich in den Schuhgeschäften unsäglich abmühen, um die schmalen, ganz spitzenlaufenden Schuhe über die Füße zu ziehen. Und wenn alles nichts nützt, dann ergreift helle Verzweiflung die Fortschücker, und es befestigt sich in ihnen der düstere Entschluß, die hindernde und eigentlich unnötige kleine Zehe von sich zu werfen, sowie man nach der Bibel sein Auge ausreißt, wenn es einen ärgert. Die Operationen werden schmerzlos vollzogen und hinterlassen keine unangenehmen Nachwirkungen. Die Dame zieht sich zu einer kleinen „Hegekur“ in ein Sanatorium zurück und kommt dann ohne Zehe wieder heraus.

Rur eins übersehen die Epithetologen: wie sie wieder zu einer kleinen Zehe kommen wollen, wenn breite Stiefel Mode werden. Oder wollen sie inzwischen bei den Eidechsen die Kunst lernen, verkrüppelte Glieder nachwachsen zu lassen?

Die Gutenberg-Buchhandlung, Laurenzklenkstr. 5, eröffnet soeben eine Kollektionsschau von Wilhelm Rohlf (Wasserele, Faltete, Zeichnungen, Graphik) und von Joseph Thora (Plastiken).

Eine Oldenburger Kulturwoche wird vom 21. bis 31. Mai in der Stadt Oldenburg veranstaltet. Sie umfaßt sämtliche Darbietungen und Ausstellungen von gewerblichen und industriellen Erzeugnissen. Mit ihr sind Tagungen großer Verbände verbunden. Am Mittelpunkt stehen die Kunstausstellungen des Landesheaters mit hervorragenden ausländischen Gästen.

Der Anhang zu den Vorschlägen, der 6 Klauseln umfaßt, weist auf den Beschluß der Alliierten hin, wie er sich aus den Vorschlägen ergibt, und besagt u. a., daß das Namenverzeichnis der beiden Kommissionen bis zum 20. allen Regierungen mitgeteilt werden soll und daß der Zusammentritt zur gemeinsamen Sitzung am 26. Juni im Haag erfolgt. Weiter verpflichtet es Rußland und die anderen Kontrahenten auf Gegenseitigkeit, sich jeder aggressiven Handlung gegen das Gebiet der anderen und jeder umstürzlerischen Propaganda zu enthalten. Diese Verpflichtung soll auf der Beobachtung des gegenwärtigen Status quo ante (der Grenzen, wie sie in den Verträgen vorgezeichnet sind) beruhen und so lange in Kraft bleiben, bis die ungelösten Grenzfragen für Europa geregelt sind. Hervorgehoben wird besonders, daß die Verpflichtungen bezüglich der Propaganda den Regierungen auch verbietet, die politischen Organismen in anderen Ländern finanziell oder in anderer Weise zu unterstützen und auf ihrem eigenen Gebiet Versuche, in den anderen Staaten gewalttätige Handlungen oder solche Handlungen, die den territorialen und politischen Status quo ante fördern könnten, vorzubereiten, zu unterstützen.

Rußland willigt ein.

Genua, 15. Mai. (Sonderbericht des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes.) Die russische Delegation wird gegen das Verbot, Sonderverträge abzuschließen, das sie als Fortsetzung der Blockade gegen Rußland protestieren, ohne daß sie von dem Erfolg dieses Protestes die Teilnahme an den Haager Besprechungen abhängig macht. Krasin hat sich bestimmt für eine Annahme geäußert, und auch Kowolki erklärte in seiner abschließenden Vorlesung heute, daß eine russische Sachverständigenkommission im Haag erscheinen wird, obwohl Rußland wegen seiner geographischen Lage Riga oder Stockholm als Tagungsort vorgezogen hätte. Kowolki wies weiter darauf hin, daß Rußland für den Burgfrieden besonders deshalb ist, weil es sonst immer in der Rolle des Angegriffenen sei. Er forderte bei dieser Gelegenheit kategorisch, daß die Banden in den an Rußland grenzenden Nachbarländern entwaffnet werden.

Durch die Interpretierung der Bedingungen der Alliierten, die heute abend von dem englischen Pressesekretär vor der Presse erfolgte, wird den Russen die Annahme wesentlich erleichtert. Rußland ist das Recht zugefunden, die in Vorbereitung befindlichen wirtschaftlichen Verträge zu erledigen. Das Verbot richtet sich hauptsächlich gegen politische Umarmungen, mit anderen Worten, man will vorläufig die de-jure-Anerkennung noch verhindern. Tschitscherin wird in der morgen stattfindenden Sitzung der politischen Kommission, an der Frankreich und Belgien nicht teilnehmen werden, die russische Haltung präzisieren. Man erwartet dann für Dienstag abend eine schriftliche Bestätigung der Annahme durch Rußland. Eine Billigung der politischen Kom-

mission soll erst am Mittwoch oder gar Donnerstag sich mit dieser Antwort beschließen und die Schlusssitzung stattfinden. Infolge dieses umständlichen Verfahrens wird mit dem Abschluß erst für Samstag gerechnet, so daß viele Delegationen ihre ReiseDispositionen umstellen mußten.

Am Mittwoch wird der Reichswirtschaftsminister, Genosse Robert Schmidt, der übrigens heute seinen 58. Geburtstag feiert, Genua verlassen, um bei der Beratung seines Staats im Reichstag zu Ende dieser Woche anwesend zu sein. Auch der Reichszentralrat trifft bereits ReiseDispositionen. Wahrscheinlich wird er auf der Rückkehr in einer bayerischen Stadt über Genua sprechen.

Der englische Pressesekretär äußerte heute Pressedirektoren gegenüber, daß sich Lloyd George bereits telegraphisch nach Washington gewandt habe, um zu erfahren, ob eine Einladung zu den Haager Besprechungen angenehm ist.

Die Haager Kommission.

Genua, 15. Mai. (E.) In der Villa Alberti haben gestern vormittag und gestern nachmittag Besprechungen der einladenden Mächte stattgefunden, an denen Lloyd George, Worthington Evans, Carlsson, Colrat, Jibbi, Schanzer, Jaspard und nachmittags auch Barriere teilnahmen. Die Vorschläge, die Lloyd George machte, wurden sämtlich angenommen. Dabei handelt es sich insbesondere um folgendes: Je zwei Vertreter der in Genua vereinigten einladenden Mächte und je ein Vertreter der übrigen werden sich am 15. Juni im Haag einfinden. Es werden 33 Nationen voraussichtlich anwesend sein, unter denen sich naturgemäß in der Mehrzahl Sachverständige auf russischem Gebiet befinden werden. Diese 33 Nationen werden durch ihre Vertreter ihrerseits eine Sachverständigenkommission wählen, über deren Stärke und Zusammensetzung Näheres noch nicht genau feststeht. Voraussichtlich wird die Kommission aber aus sieben bis acht Köpfen bestehen.

Kleine Anfrage. In der Presse wird mitgeteilt, daß der neueste Fälscher von kommunistischen Geheimberichten Verthor, sich in einer Druckerei in der Bernburger Straße die notwendigen Briefköpfe habe herstellen lassen. In der Bernburger Straße zu Berlin befinden sich die Druckereien der „Kreuzzeitung“ und der „Deutschen Tageszeitung“. Vielleicht können sie Auskunft geben, wo die fraglichen Briefbogen hergestellt wurden.

Ein kommunistischer Landrat. In der Montagssitzung des Kreistages in Halle wurde der kommunistische Arbeitersekretär Grabow in Halle mit 15 Stimmen zum Landrat des Saalkreises gewählt. Der Demokrat Ruhoff erhielt zehn, der kommunistische Leiter Regierungsrat Müller (Soz.) zwei Stimmen.

Dr. Friedrich Boettcher, ein alter Führer der Nationalliberalen, der von 1878 bis 1895 dem Reichstag angehört und viele Jahre lang die „Kaltb. Kor.“ herausgab, ist gestorben.

Die Umstellung im Bergbau.

Auf der gestrigen Tagesordnung des Landtages stand die zweite Beratung des Haushalts der Bergverwaltung. Abg. Elmbeck (Soz.) erstattet den Ausschussbericht. Der Hauptausdruck fordert u. a. Umstellung der staatlichen Bergwerke auf eine andere Betriebsform bis zum 31. März 1923. Zur Beugung der Pläne soll ein besonderer Ausschuss gebildet werden. Die Aktiengesellschaft Hibernia soll der Zentralkontrolle der Staatsbergwerke unterstellt werden. Er wendet sich weiter gegen die Sonderbezugsrechte der Hüttengesellschaften mit Zechenbesitz und wünscht gleiche Behandlung aller Verbraucher, bessere Wagenstellung und Erhöhung der Unterstützungssätze der Knappschaftskassen.

Sozialdemokratische Anträge fordern u. a. monatliche Ausgleichszulagen für die Grubenbeamten und -angestellten und eine Milderung der Kohlensteuer. Unabhängige Anträge verlangen Sozialisierung des Bergbaues, und daß der preussische Staat durch Gesetz ein Anrecht auf ein Viertel sämtlicher im Privatbesitz befindlichen Kuxe und Aktien erwirbt.

Handelsminister Siering:

Die Weltkohlentlage hat sich außerordentlich verschlechtert. In Deutschland selbst haben wir gegenüber dem Vorjahre eine Mehrförderung zu verzeichnen. Es herrscht aber großer Wagenmangel. Das hat sich aber inzwischen gebessert. Die Belieferung der Gasanstalten ist völlig unzureichend. Die Eisenindustrie leidet unter Koksarmut. Die Lage wird noch ungünstiger, da wir die Weltmarktpreise teilweise bereits überschritten haben. Eine Wiedereinführung der Koksbewirtschaftung kann in Frage kommen. Die Kohlentlage wird noch bedeutend ungünstiger nach endgültiger Trennung des ober-schlesischen Industriegebietes. Darum muß in den uns verbliebenen Teilen die Förderung gesteigert werden durch Ausbau der bestehenden und Anlage neuer Betriebe. Es wird geprüft, ob eine Verschärfung der Sicherheitsbestimmungen anlässlich der beflaggenwerten Grubenunfälle in Ober-schlesien notwendig ist.

Das Grubensicherheitsamt

hat am 1. März seine Arbeit aufgenommen. Die Hauptkommission wird am 27. Mai zum ersten Male zusammentreten. Ueber die Hinzuziehung von Betriebsvertretern habe ich Mitteilung herausgegeben. Dem Reichstage ist jetzt auch der Entwurf eines Reichsknappschaftsgesetzes zugegangen. Im Hauptausdruck hat der Abg. Hue, dessen Lob ein herber Verlust für uns ist, sich gegen Gewinne gewandt, die Stinnes bei der Lieferung von Reparationskohle erzielt haben soll. Von solchen Reparationsgewinnen, an denen der Staat keinen Anteil hat, kann keine Rede sein. Stinnes hatte vor dem Kriege in Duisburg eine Anlage gebaut, um die Ruhrkohle zu waschen und zu sieben. Ein Vertreter von Stinnes hat nur mit dem französischen Händlersyndikat ein Abkommen über die Benutzung der Anlage getroffen. Dieses reine Privatgeschäft entzieht sich der Einwirkung der Staatsregierung. Es liegt auch durchaus im deutschen Interesse. Die Bezahlung, die Stinnes erhält, hat mit der Abrechnung zwischen Deutschland und der Reparationskommission nichts zu tun. Die Weiräte bei den Oberbergämtern sollen in die ganze Organisation der Bergämter einbezogen werden. Bereits 1910 beschloß die Reichsversammlung der Preussische Abgeordnetenhaus mit der Frage der

Umstellung der staatlichen Bergwerke.

Ich hoffe die Vorarbeiten so zu beschleunigen, daß noch im Laufe dieses Jahres eine abschließende Regelung möglich ist. In dem Ziele der Trennung von Betriebs- und Hohenverwaltung sind wir alle einig. Am besten wird das in der Form einer Aktiengesellschaft geschehen, der der preussische Staat die Verwaltung seiner Bergwerke und Sollen überträgt. Wir müssen uns die Erfahrungen der Privatindustrie nutzbar machen. Schon der kommende Etat wird hoffentlich die Trennung der Betriebsverwaltung und der Hohenverwaltung bringen.

Abg. Osterroth (Soz.):

Die Bindung der Betriebsverwaltungen der staatlichen Bergwerke und das bürokratische System wirkten lähmend und grauenhaft die besten Kräfte aus den Staatsbetrieben heraus. Eine Umstellung mit dem Ziele größerer kaufmännischer Beweglichkeit ist nötig. Will der Minister oder sein Ziel erreichen, so muß er auf die bürokratischen Widerstände in

seinem Ministerium genau Obacht geben. (Sehr wahr!) Alle Hintertreibungsversuche müssen niedergeschlagen werden. Der deutsche Bergbau befindet sich in einer Krise. Wir haben eine Kohlennot und eine Verkehrsnote. Das Verlangen der Reichsbahn ist schuld, wenn die Förderung nicht größer ist. Es mangelt weniger an Wagen, aber die Organisation klappt nicht, und es kommt zu häufigen Verstopfungen des Verkehrs. Also: nicht der Bergmann, sondern die Reichsverkehrsverwaltung ist das Karrenrad. Wenn die Kohlenpreise die Weltmarktpreise erreicht haben, so liegt das

nicht an den hohen Bergarbeiterlöhnen.

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ zur maßlosen Erhöhung der Bergarbeiter dreißig begehrt, sondern weil eine 45prozentige Belastung durch Steuern und Abgaben auf der Kohle liegt, darunter 40 Proz. Kohlen- und 2 Proz. Umfahsteuer. Gewiß hat uns die Ernte zur Verdoppelung der Kohlensteuer gezwungen, aber das ändert an den unhaltbaren Zuständen nichts. Den Bergarbeitern kann man es nicht verdenken, wenn sie bei der anwachsenden Teuerung Lohnforderungen stellen trotz der Kohlensteuer. Die preussische Regierung muß sich bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck für eine Herabsetzung der Kohlensteuer einsetzen. Der Romaisertrag der Kohlensteuer beträgt 7 Milliarden Mark, die monatliche Summe im Kohlenbergbau dagegen nur etwa 4 Milliarden Mark. Wir verlangen, daß das Reich aus den Erträgen der Kohlensteuer Preußen für seine Verluste an Bergwerken, die einen Wert von 1 1/2 Milliarden Goldmark darstellen, entschädigt. Wir müssen unseren Inlandsbedarf an Kohle im Lande selbst gewinnen, und die Entschädigung seitens des Reiches muß dazu dienen, die vorhandenen Bergwerke auszubauen und neue aufzuschließen. (Sehr wahr!)

Die Rechtsprechung der Bergwerksgerichte kann so nicht weitergehen. Wir müssen zu einer Einheitlichkeit der gewerblichen Rechtsprechung im Bergbau kommen, wie wir sie in einem Antrage fordern. Bei den ordentlichen Gerichten müssen

besondere Arbeitsrechtsabteilungen

eingerrichtet werden. Oder es müssen bei den Oberbergämtern gewerberechtliche Abteilungen geschaffen werden, die mit Juristen zu besetzen wären. Ein weiterer Antrag von uns wünscht, daß bei der Durchführung des Siedlungswesens in Ober-schlesien die preussische Bergbauverwaltung die Führung übernimmt. In das neuegebildete Grubensicherheitsamt müssen auch Arbeitnehmer hinein. Die Fortschritte der Gewerkschaften müssen rascher durchgeführt werden. Der Streik im Ruhrrevier, der zu einem allgemeinen Bergarbeiterstreik auszuwachsen drohte, war zurückzuführen auf das mangelnde Entgegenkommen der Bergherren. Bei den Verhandlungen in Essen am 10. und 11. April über den Montelarif wurde den Bergarbeitern zugemutet, sich unter Strafe stellen zu lassen, wenn sie ihre Feiertage, 1. Mai und 9. November, durch Arbeitstouren begingen. Das mußte erbittert wirken. Ein Kompromiß, zu dem auch der Reichsarbeitsminister die Unternehmer dringend rief, war bei einigem guten Willen durchaus möglich. Erklärte er doch, die Frage der politischen Feiertage sollte demnach geregelt werden. Die Bergarbeiter hätten sich sicherlich bereit erklärt, die Feiertage durch Heberarbeit auszufüllen. Statt dessen wurden irdische, maßlos verbitternde Anschläge seitens der Zechenverwaltungen zum 1. Mai angekündigt, in denen mit Urfaubentziehung gedroht wurde. Am 2. Mai durften die den 1. Mai Feiern nicht einfallen. Es wurden fristlose Entlassungen vorgenommen, namenlich von Betriebsräten usw. (Hört! hört!) Wir hoffen, daß bei den kommenden Schiedsgerichtsverhandlungen

ein ehrliches Kompromiß

zustande kommt. Die Gepflogenheiten der Vorkriegszeit sind heute nicht mehr angedacht. Zum Schluß gedenkt Redner des verstorbenen Abg. Hue, dessen Programm seine Partei mit allem Nachdruck stets vertreten werde. (Leb. Beifall v. d. Soz.)

Abg. Steger (Ztr.) begrüßt die Umstellung der staatlichen Bergwerke und verurteilt gleichfalls die Schreibweise der „Deutschen Bergwerkszeitung“.

Abg. Hebeing (Dnat. Zp.) bezeichnet es als das Gegenteil von Wiedergutmachung, wenn wir Kohle an Frankreich abgeben müssen, das Ueberfluß an ihr habe und die deutsche Kohle mit erheblichem Profit weiter veräußere.

Dienstag 12 Uhr: Strafverfolgungsgesuche gegen Abgeordnete, Ausweisung von Bodrini, Berghaushalt. — Schluß 16 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung

Generalversammlung der Transportarbeiter.

Im großen Saal des Gewerkschaftshauses war am Donnerstag die Generalversammlung der Berliner Transportarbeiter für das erste Vierteljahr 1922. Die Generalversammlung leitete sich bei einer Mitgliederzahl von 120 150 aus 814 Delegierten sowie den Mitgliedern der engeren und erweiterten Verwaltung zusammen. 1100 Delegierte haben die Verbandsinteressen wahrzunehmen. Bezirksleiter Dr. Th. Mann gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Delegierten alles in den Vordergrund stellen, was der Organisation dienlich und der Allgemeinheit nützlich ist. Im verflochtenen Quartal sind 231 männliche und 13 weibliche Mitglieder verstorben; ihr Andenken wurde in üblicher Weise geehrt.

Unter den Beamten im Staats-, Post- und Gemeindefeld soll nachhaltig agitiert werden, um sie dem Verbande zuzuführen. Geschäfts-, Kassen- und Arbeitsnachweisbericht lag gedruckt vor.

Angriffsbewegungen ohne Streik

wurden geführt in 256 Fällen in 19384 Betrieben mit 213 449 Beschäftigten. Angriffsbewegungen mit Streik fanden statt in 8 Fällen in 153 Betrieben mit 523 Beteiligten. Erreicht wurde ein Mehrlohn von 29 151 223 M. pro Woche, oder durchschnittlich 100 M. für jeden Beteiligten. Eine Reihe von Lohnbewegungen kam erst im zweiten Quartal zum Abschluß. Die Agitationstätigkeit vollzog sich in 880 Versammlungen, 1796 Besprechungen, 599 Vertrauensmännerversammlungen und 2349 Verhandlungen. 7691 Mitglieder wurden neu aufgenommen, und aus anderen Verbänden traten 1251 über.

Beim Arbeitsnachweisbericht meldeten sich 24 326 Stellungsuchende für 17 787 gemeldete Stellen. 7742 Stellen wurden fest besetzt und 7599 zur Ausfüllung. Erwerbslosenunterstützung wurde aus städtischen Mitteln an 35 384 Personen im Betrage von 4 660 189,35 M. gezahlt, aus Verbandsmitteln an bezugsberechtigte Mitglieder 114 841,50 M. Der Kassenbericht ergibt Einnahmen von 8 659 838,50 M. und Ausgaben von 7 093 361,48 M., 3 857 180,60 M. an die Verbandshauptkasse; der örtliche Bestand ist 1 566 477,02 M. An streikende und gemohregelte Mitglieder wurden 1 922 797,30 M., an Kranke 384 338,15 M., an sonstige Bezüge 460 081,45 M. Unterstützung gezahlt.

Die Diskussionsredner erklärten sich mit der geschäftlichen Tätigkeit zufrieden. Zur Ergänzung der Bezirksverwaltungen wurden Bill und Ritter, Sektion VI, gewählt. Ein Antrag, der sich gegen die Agitationsmethoden der Staats- und Gemeindearbeiter unter den Straßenbahnern wendet, wurde einstimmig angenommen.

Die Delegiertenwahl zum Gewerkschaftskongress

löste eine längere und zum Teil recht heftige Diskussion aus, da ein Teil der Delegierten sich dagegen wandte, daß von einer allgemeinen Urwahl aus finanziellen Gründen abgesehen und auf Beschluß der Funktionäre die Wahl in die Sektionsversammlungen verlegt wurde. Die Versammlung billigte den Beschluß der Funktionäre mit großer Mehrheit. Gewählt sind für die Sektion I (Handels- und Kleinhandwerker) Wolter und Grein, Sektion III (Straßen- und Kleinbahner) Karl Schütze, Sektion V (Industriearbeiter) August Müller. Die Wahl für die Sektionen IV, VI, VII und VIII erfolgte durch geheime Abstimmung.

Die Generalversammlung wurde vertagt und wird am 24. Mai im gleichen Saal fortgesetzt.

Generalversammlung des DGB.

Der Generalversammlung der Ortsgruppe Berlin des Deutschen Eisenbahnverbandes für das letzte Quartal am 3. und 12. Mai machte der provisorische 1. Bevollmächtigte Beefer namens der Ortsverwaltung nennenswerte Vorschläge zur Reorganisation der Ortsgruppe, die im großen und ganzen die Zustimmung fast aller Delegierten fanden. Die Mitgliederzahl stieg von 18 513 Ende 1921 auf 20 797 bis Ende März 1922, sie betrug am Schluß des 1. Vierteljahres 1921 noch 15 839. Im letzten Quartal waren allein 1061 Uebertritte (hauptsächlich aus dem DGB.) zu verzeichnen. Dem Kassierer wurde mit großer Mehrheit Entlastung erteilt, obwohl ihm von kommunistischer Seite einzelne Vorfälle als bewußte Verschulden angehängt werden sollten, wofür aber Beweise nicht erbracht wurden. Die Diskussion über die vorliegenden Anträge verlief recht flott und sachlich. Ein SPD-Delegierter war es, der gegen die Erhöhung des Lokalführerlohnes von einer auf zwei Mark ins Zeug ging, wobei er aber zu einem größeren Teil Widerspruch bei seinen eigenen Genossen fand. Die Erhöhung des Ortsführerlohnes wurde mit 185 Stimmen gegen 111 Stimmen beschlossen. Die Einführung der Hasuslokalisierung wurde abgelehnt. Zur Prüfung der Bewerbungen für die freigewordenen Posten im Ortsbureau wurde auf Antrag der Ortsverwaltung von der Versammlung eine Kommission eingesetzt, in die jede der drei Fraktionen zwei Vertreter entsendet. Die Kommission soll der Generalversammlung im Juni die geeigneten Kandidaten vorschlagen und gleichzeitig die Vorbereitungen treffen für die Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag.

Vergleich in der Blumen- und Federnindustrie.

Nachdem der Schlichtungsausschuß für die Bekleidungsindustrie einen Schiedsspruch gefällt hatte, beantragte der Verband der Fabrikarbeiter die Verbindlichkeitsklärung. Der Demobilisierungskommissar hatte bereits zum Sonnabend einen Termin zur mündlichen Verhandlung angesetzt, zu dem dieses Mal auch die Arbeitgeber erschienen. Die Verhandlungen bewegten sich von vornherein auf der Basis eines Vergleichs, der dann auch nach Stundenlangem Verhandeln zustande kam. Nach diesem Vergleich ist mit einigen geringfügigen Ausnahmen der Spruch des Schlichtungsausschusses von den Arbeitgebern anerkannt worden.

Eine Versammlung der Streikenden am Sonntag hat gegen wenige Stimmen diesem Vergleich zugestimmt. Die Haltung der Streikenden war bis zuletzt geradlinig, so daß durch diesen Streik die Organisation noch größere Festigkeit erlangt hat.

Betriebsrätewahlen bei der Reichseisenbahn.

Aus 22 Bezirken liegen jetzt die Resultate vor. Es erhielten:

Deutscher Eisenbahnerverband	184 985 Stimmen
Allgemeiner Eisenbahnerverband	19 572
Gewerkschaft deutscher Eisenbahner	22 216
Revolutionäre Betriebsräte (RBD.)	12 624

Die Resultate von acht Direktionsbezirken stehen noch aus. Das Ergebnis von Sachsen fehlt noch vollständig. Der größte Teil der kommunistischen Stimmen (7748) entfällt auf Berlin, während die Listen der Hirsch-Dunderschen und Christlichen Eisenbahner dort fast vollkommen zurückblieben. Der Deutsche Eisenbahnerverband hat es in Berlin auf 12013 Stimmen gebracht. Die Listen der Christlichen und der Hirsch-Dunderschen Verbände haben eine größere Stimmenzahl aufzuweisen in Essen, Stuttgart, Breslau, Frankfurt a. M., Eibersfeld, Königsberg und im Münsterland. Die übergroße Mehrheit der Stimmen und Mandate hat bei den Wahlen

der Deutsche Eisenbahnerverband erlangt. Eine Uebersicht über das Ergebnis der Wahlen zum Hauptbetriebsräte- und Hauptfachlichungs-ausschuß, die gleichzeitig stattfanden, ist noch nicht möglich.

Textilarbeiterkämpfe.

Am Sonnabend ist die Textilarbeiterschaft im sächsisch-thüringischen Webersbezirk in den Streik getreten. Es kommen die Orte Gera, Greiz, Glauchau, Reichenbach i. Vogtl., Eifenberg, Meerane, Reichenbach usw. in Betracht. Am Streik sind 88 000 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt. — Auch im Kasseler Bezirk sind 7500 Arbeiter und Arbeiterinnen in den Streik getreten. Im sächsisch-thüringischen Bezirk handelt es sich um Lohnforderungen, die von den Unternehmern nicht bewilligt wurden. Im Kasseler Bezirk gilt der Streik der Abwehr der Verlängerung der Arbeitszeit durch Einführung der 48-Stunden-Woche sowie der Durchsetzung höherer Löhne.

Einer der aufs Ganze geht!

Die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ brachte auf ihrer Festschrift in Nr. 38 (S. 247) den „Alarm“. Auf eines mit drei Kreuzen zeichnenden Prinzipals, der von rechtsbolschewistischen Anwandlungen als Lohnzahler befallen ist. „Wenn irgendein Straßenkehrer“ eine Lohnzulage von 400 M. gefordert hätte, dann hätte sich der Kreuzmann nicht gewundert. Als er aber las, daß die Buchdruckergehilfen eine solche Lohnzulage forderten, war ihm das unverständlich, „verrückt!“ Er hätte sich „eine fünf Minuten mit Leuten unterhalten, die es wagen, einen solchen Unfuss als Tagesordnungspunkt vorzulegen; ich hätte sie einfach sitzen lassen.“

In Einzelheiten will er sich nicht einlassen; er denkt „an Höheres, Durchgreifenderes“. „Die Gehilfenschaft ist übermütig geworden.“ „Wenn unsere Gehilfen schon auf dem Standpunkt stehen, alles fordern zu können, so wollen wir ihnen das Gegenteil beweisen.“ Stundenlöhne sei der moderne Lohnmaßstab. „Aber wir wollen keine Stunde mehr bezahlen, in der nicht gearbeitet wird.“

„Weg mit der Feiertagszahlung, weg mit den Ferien! Zeiten, da die Stunde 20 M. und mehr kostet, dulden keinen Müßiggang, der bezahlt werden soll. Höret auf mich, Ihr Buchdrucker. Geht aufs Ganze — schließt eure Betriebe. Öffnet sie nicht wieder, bis die Gehilfen erklären, daß sie auf Feiertagszahlung und auf Ferien verzichten; über den Lohn wollen wir mit ihnen reden, aber nur über ihn. Alle vor oder nach der Revolution in den Tarif hineingekommenen Unsinnsigkeiten müssen aus ihm heraus.“ „Habt Ihr Angst vor einem Streik? Nein — seid froh, wenn Ihr eine Zeitlang Ruhe gehabt vor diesen ewigen Gemeinheiten, vor diesen täglichen Jupitertönen, vor diesem Herumstehen, Herumdrücken, vor den häßlichen Bemerkungen. . . In Süddeutschland stehen seit Wochen große Fabriken still. Was tut's? Nichts. Schließen auch wir. Das Papier wird davon, daß wir keines verdrücken, sicher nicht teurer. Schließen wir, wir haben es ja bis obenhin. Deffnen wir erst wieder, wenn sie kommen und alles, alles zugeben, was wir fordern. . . Es gibt Fälle, wo das Recht nur durch Gewalt hergestellt wird. Greifen auch wir nun zur Gewalt. Denn: Es ist genug.“

Das ist freilich genug. Kommt dieser Scharfmacher auch keine weitere Bedeutung zu, so zeigt sie doch, daß der Gedanke des Tarifvertragswesens noch nicht vollständig durchgedrungen ist. Wenn die „Zeitschrift“ auch keine Verantwortung für die „Briefe an die Schriftleitung“ übernimmt, so dürfte sie dem aus der Fassung geratene „Gewalt“-Menschen schon bedeuten, daß die Buchdruckergehilfen ebenso wenig wie er selber an dem Salzwasserschlund sind, an der Papierverwertung, der Materialien und der Lebensmittelpreise, daß sie aber dennoch, wenn auch nicht ebenso gut wie der Herr Einsender, leben wollen. Geht's aufs Ganze, sind sie auch dabei.

Buchdrucker und Schriftgießer.

Die Betriebsräte und Vertrauensleute bitten wir, das Material zur Agitation von 4 Uhr ab im Lokal von Steinde, Zimmerstraße 34 (neben Lokal-Anzeiger), abzuholen. Auch der kleine Betrieb muß vertreten sein.

SPD-Betriebsräte der Holzindustrie. Heute abend 6 Uhr, eine Stunde vor Beginn der Gruppenversammlung, im Gewerkschaftshaus, Saal 2, Fraktionsstiftung. SPD-Betriebssekretariat.

SPD-Deutsche Werke Spandau. Mittwoch, 4 Uhr, im Casino, Berliner Chaussee, Funktionsstiftung. Jeder einzelne muß erscheinen.

SPD-Betriebsräte der Metallindustrie. Heute abend 7 Uhr in den Sophienläden, Sophienstraße, Fraktionsstiftung.

Achtung, J. d. M.-Mitglieder! Die vom „Afa-Bund“ anlässlich des Metallarbeiterstreikes herausgegebenen Marken zu 3 und 5 M. sind bei uns (Velle-Alliance-Str. 7/10) erhältlich. Wir erwarten von allen Mitgliedern, daß sie gemäß des Aufrufes des „Afa-Bundes“ und der in der letzten Delegierten-Versammlung einstimmig angenommenen Resolution die streikenden Metallarbeiter in ihrem Abwehrkampf unterstützen und die herausgegebenen Marken sofort bei den Vertrauensleuten oder im Verbandsbureau einlösen. — Die Betriebskassierer werden ersucht, die Marken umgehend abzuholen. Zentralverband der Angestellten, Ortsverwaltung Groß-Berlin.

C. Lindström AG, Schleifische Str. 26/27. Alle Kollegen, die in der Zeit von Mai 1921 bis Ende März 1922 bei der Firma beschäftigt waren und für ihr eigenes Werkzeug keine Abgeltung erhalten haben, werden ersucht, bis spätestens 1. Juni ihre Forderung bei der Firma einzureichen. Der Betriebsrat.

Die Bäckergehilfen in Leipzig streiken seit gestern, weil die geforderte Lohnerhöhung von den Bäckereimeistern abgelehnt wurde, mit der Begründung, daß der Magistrat sich gegen eine Brotpreiserhöhung erklärt habe. Bevor es dahin kommt, daß die Bevölkerung ohne Brot ist, müßte denn doch eine Verständigung herbeigeführt werden, zu der es doch jetzt auch kommen muß. Die Brotpreiserhöhung, die durch die Erhöhung der Löhne erfolgen muß, ist erträglicher als die Erhöhung durch übermäßige Getreidepreise.

Fabrikarbeiter. Dienstag 6 Uhr in der Aula, Probirer Str. 114, wichtige Funktionskonferenz, Funktionsausweis und Mitgliedsbuch legitimieren. Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten. Sektion der Köche: Heute 6 Uhr im Klubhaus, Riegelstr. 2.

Deutscher Hatarbeiterverband. Mittwoch 5 1/2 Uhr in den Reichenbach-Festhallen, Sanktberger Str. 31, Generalversammlung. Erscheinen aller Mitglieder unbedingt notwendig!

Deutscher Transportarbeiterverband. Gruppenversammlungen bei Witte, Poststr. 19, Schuhwarenhandlung: Donnerstag 7 Uhr; Handelsarbeiter der Bodenleder-, Fell- und Hütebranche: Donnerstag 7 Uhr; Handelsarbeiter aus allen Betrieben der Damenmode-, Schürzen-, Weißwaren- und Leinwandbranche: Freitag 6 Uhr. — Sektion II: Mittwoch 7 Uhr in den Zentralfesthallen, Alte Jakobstr. 22, Mitgliederversammlung. „Was erhofft die organisierte Arbeiterschaft vom 11. Gewerkschaftskongress?“ Referent: Kollege Tomke, Wahl des Delegierten.

Einleger. Donnerstag 7 Uhr im Verbandsbureau, Rungestr. 39, Branchenversammlung. Bericht über unsere Lohnbewegung. — Die Brandentzündung. Zentralverband der Maschinen- und Heizer. Freitag 6 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 123, Saal 2, Vollversammlung aller Betriebskollegen der Chemischen Industrie. Bericht von der Reichsfederierung Chemie und über den Stand der Lohnbewegung. Jeder dienstfreie Kollege muß pünktlich erscheinen. — Die Branchenleitung.

Wetter bis Mittwoch mittag. Im Süden trocken und vielach heiter, im Norden überwiegend bewölkt mit leichten Regenschauern. Ueberall mild bei trübigen mäßigen Winden.

4. Verbandstag der Bauarbeiter.

Leipzig, den 18. Mai.

(Schlußtagung.)

Der Verbandstag wurde heute vormittag zu Ende geführt. Zu Beginn der Sitzung gab der Vorsitzende einen Protest gegen den Ausschluß der Delegierten Bösch-Solingen und Walter-Halle bekannt. Die Beschwerdef Kommission beantragte über den Ausschluß geheime Abstimmung. Einigen anderen Delegierten, die auf dem Verbandstag kommunistische Flugblätter gegen den Verbandsvorstand verbreitet und den kommunistischen Ueberfall begünstigt haben, beantragte die Beschwerdef Kommission eine scharfe Rüge zu erteilen. Nach kurzer, erregter Geschäftsordnungsdebatte wurde geheime Abstimmung über den Antrag der Beschwerdef Kommission beschlossen. Die geheime Abstimmung ergab 206 Stimmen für den Ausschluß und 145 Stimmen dagegen. Paplow erklärte nach der Abstimmung, daß die Ausschließenen später wieder aufgenommen werden könnten, wenn sie bewiesen hätten, daß sie nichts mehr gegen den Verband unternehmen.

Es wurden dann die Wahlen vorgenommen. Genosse Ellinger scheidet aus dem Vorstande aus, um sich im Verband sozialer Bauberriebe ganz der Sozialisierung zu widmen. An seiner Stelle wurde Genosse Bernhardt-Hamburg als Leiter der Abteilung für Statistik und Literatur gewählt. Der bisherige Schriftleiter Otto wird Obmann der Reichsfachgruppe der Erd- und Tiefbauarbeiter; an seine Stelle tritt der bisherige Schriftleiter Thielberg. Neu gewählt wurde Genosse H. Riendorf als Leiter der Jugendabteilung. Im übrigen wurde mit überwältigender Mehrheit der bisherige Vorstand wiedergewählt.

Beschlossen wurde weiter, das Delegationsrecht zum Gewerkschaftskongress nicht voll auszunutzen. Anstatt 47 wurden nur 30 Vertreter gewählt. Die in Karlsruhe beschlossenen Anstellungsbedingungen für die Verbandsangestellten wurden mit unwesentlichen Änderungen wieder bestätigt.

Damit hatte der Verbandstag seine Arbeiten erledigt. In seinem Schlußwort wies Paplow auf die große Bedeutung der Tagung hin, auf die Schaffung des Baugewerksbundes und die Förderung der Sozialisierung. Er forderte die Delegierten auf, die ganze deutsche Arbeiterschaft aufzurufen zum Kampf für die Sozialisierung und zur Abwehr der konzentrierten Angriffe der Unternehmer, aber auch zum Kampf gegen die Diktaturgefahr der Kommunisten. Der stürmische Beifall, mit der Paplows Rede aufgenommen wurde, zeigte, daß seine Aufforderung auf fruchtbaren Boden gefallen ist.

Die vom Verbandstag am vorherigen Verhandlungstag gegen den kommunistischen Ueberfall angenommene Entschliehung hat folgenden Wortlaut:

„Der Verbandstag erblickt in dem schmachvollen Ueberfall auf die nach demokratischen Grundgesetzen gewählte Vertretung von 480 000 deutschen Bauarbeitern eine Folge der kommunistischen Verbeugung, durch die alle andersdenkenden Arbeiter vergewaltigt werden sollen. Die ganz unerhörte Störung des Verbandstages ist ein Ausfluß des Machtstrebens der kommunistischen Partei, die es darauf abgesehen hat, die Gewerkschaften unter ihre Diktatur zu bringen.“

Der Verbandstag lehnt es ab, sich unter das Diktat einer Demonstration der kommunistischen oder irgendeiner anderen Partei zu stellen und Forderungen zu erfüllen, die von Außenstehenden an ihn gerichtet werden.

Der Verbandstag bedauert aufs tiefste, daß sich auch Mitglieder des Verbandes zur Teilnahme an diesem schmachvollen Ueberfall haben mißbrauchen lassen. Er spricht aus, daß Verbandstagsabgeordnete, die sich daran beteiligt haben, diesen Ueberfall zu veranlassen oder die ihn unterstützt haben, unwürdig sind, ferner Mitglied des Deutschen Bauarbeiterverbandes zu sein.

Der Verbandstag ist überzeugt, daß die gesamte deutsche Bauarbeiterschaft den kommunistischen Ueberfall auf die von ihr gewählte Vertretung aufs schärfste mißbilligt und energisch dafür sorgt, daß den Diktaturgehrten kommunistischer Machttreiber bald ein Ende bereitet wird.“

22. Verbandstag der Zimmerer.

Bernigerode, 14. Mai.

Die Tagung befaßt sich insbesondere mit dem neuen Tarifvertrag, der Sozialisierung des Baugewerbes und der Schaffung des Baugewerksbundes. Der Geschäftsbericht weist am Jahresschluß 1921 89 332 Mitglieder auf, wovon 18 462 allein im letzten Jahre gewonnen sind. Mit den Finanzen steht es ähnlich. 12 645 842,42 M. sind an Vermögen vorhanden, circa 150 M. pro Kopf. Dies trotz den zahlreichen Kämpfen, die gerade der Zimmererverband auszufechten hatte. In den zwei letzten Jahren hat die Organisation für 61 763 kämpfende 9 332 312 M. ausgegeben. Die Erfolge der Zimmerer haben auf das ganze Baugewerbe gemerkt; für die Zimmerer allein wird der Erfolg pro Woche auf 2 017 983 M. berechnet. Von ihnen profitierten auch die Nebengewerke. Erfolgreich wurden auch

viele große Ausperrungen abgewehrt

und statt Abbau Lohnaufbesserungen erreicht.

Von großer Bedeutung wird in Bernigerode die Stellung zu dem neuen Reichstarif sein, dem der Bauarbeiter-Verbandstag bereits zugestimmt hat. Es ist anzunehmen, daß der Verbandstag ebenfalls zustimmt.

Nicht so einfach wird, wie die vorliegenden Anträge erweisen, die Stellung des Verbandes zum Baugewerksbund sein. Im Bericht behandelt der Verbandsvorsitzende Schönfelder diese Frage ausführlich, zum Teil polemisch gegen den Bauarbeiterverband. Die Zimmerer lehnen danach den Bundesgedanken ab, weil sie glauben, die Berufsorganisation biete ihnen mehr. Sie haben durch ihre straffe Organisation recht gute Erfolge erzielt. Grundsätzlich steht auch der Zimmererverband

auf dem Boden der Sozialisierung.

und die Zimmerer haben sich auch bis jetzt mit an der Bewegung beteiligt, ohne sich aber allzu sehr zu binden. Aber auch das geht vielen Mitgliedern schon zu weit. So wird der Bundesgedanke auch durch diese Stellung ungünstig beeinflusst.

Die Verteuerung der Baustoffe berechnet der Berichtsjahresplan auf 1780 Proz. für November 1921, jetzt aber bereits auf über 4000 Proz. Ueber den Mangel an Facharbeitern, die Umschulung der Bauhilfsarbeiter spricht sich der Bericht sehr skeptisch aus. Der Mangel an Facharbeitern sei lediglich der Arbeitslosigkeit im Winter, zum Teil auch den schlecht geregelten Lehrlingsverhältnissen zuzuschreiben.

Dem Verbandstag liegen insgesamt 421 Anträge vor, darunter auch ein Teil gegen die Arbeitsgemeinschaften.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Kille, Berlin-Platzstraße; für Anzeigen: Th. Glode, Berlin. Verlag Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortwärtz-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Einbecker Str. 1, Berlin.

Alte Reserve
W in F e l l h a u s e n
die deutsche Weinbrandmarke

Der Garten des kleinen Mannes.

Was der Mai gebracht hat und bringen wird.

Wissen Sie, was Quatember ist? Rein — das ist Ihnen auch nicht unbekannt: die meisten Stadtleute wissen es nicht. Also: der Quatember ist am jetzigen schlechten Frühjahrs Wetter schuld! Wie das Wetter am Quatember — der Zeit vom 25. März bis Ende März (und so alle Vierteljahre weiter) — ist, wird die Witterung in den nächsten Monaten sein. Damals war es kalt, regnerisch, windig — die Wetterjahre drehte sich nach allen Windrichtungen —, und so ist es kein Wunder, daß schlechtes Wetter uns geplagt hat und noch einige Zeit weiter plagen wird. Andererseits lagen die gepflanzten Bäume und Büsche, daß die letzten transatlantischen Störungen die Frostperiode im Norden (Skandinavien und Finnland) beendet haben, also scheint Hoffnung vorhanden zu sein, daß weitere Nachfröste ausbleiben. Dafür macht der viele Regen manche Hoffnung auf baldige Bestellung zunichte. Berlins Umgebung ist ja gerade reich an niedrig gelegenen Terrains, die jetzt zu bestellen keine Möglichkeit ist.

Die junge Saat.

Aber nur nicht verzagen! Wer seinen Salat, Kohlrabi, frühen Wirsing, ufm. gepflanzt hat, wird seine Freude an dem Wachstum haben; die paar Sonnenstrahlen der letzten Tage haben Wunder gewirkt. Aber das junge Pflanzgut ist diesmal noch sehr knapp; selbst große Handlungen verfügen noch nicht über nennenswerte Bestände, und was man an eigener Aussaat dem Boden anvertraut hat, zeigt wenig Reizung, sich rasch zu entwickeln. Es sind natürlich in Treibkästen herangezogene Saatzpflanzen, die jetzt zum Verkauf kommen, und der hohe Preis rührt nicht nur von den hohen Samenpreisen (seit dem Herbst ist ein 30prozentiger Aufschlag gekommen und man erwartet einen 40prozentigen), sondern auch von der langen Zeit der Heranzucht her. Der Mistbeetkasten wird mehrmals seiner Aufgabe, Pflänzchen zu hegen, genügen; je länger die einzelne Periode dauert, desto weniger rentabel ist das Geschäft, und der Preis steigt daher naturgemäß. Indessen ist es für den Kleinrentner doch zweckmäßiger, Pflänzchen zu kaufen, als sich mit dem einzelnen Auslesen abzumühen — der Großbetrieb schlägt auch hier den Kleinbetrieb. Aber es wäre wohl möglich, daß die einzelnen Kolonisten sich zum gemeinsamen Bezug von Gemüsepflänzchen entschließen — würde ein solches Begehren rechtzeitig, also im Spätherbst, an eine Großgärtnerei herantreten, so könnte diese sich darauf einrichten und zu billigen Preisen liefern, da dann Unsicherheit des Abzuges, Kellame usw. fortfällt.

Treibgemüse.

Frisches Gemüse hat es nun auch schon gegeben; Treibsalat, Treibradieschen und Rettich, überwintertes Spinat sind die ersten Vorboten einer neuen Zeit, und der Spargel fängt an emporzutreiben. Treibgurken sind nur für das Portemonnaie der ganz Reichen — erst wenn die „Kalten“ gurken fertig sind, wird auch der Preis nachlassen. Aber auf den ersten Treibröhrchen kann man bald rechnen, und da schmeckt man auch nicht verwöhnte Zunge vor Vergnügen! — Die weichen kleinen Knollen mit dem zarten Grün schmecken doch delikate. Später, wenn die Knolle so groß wie ein Kinderkopf ist, will sie niemand mehr essen und die Bestände wandern an die Massenflächen. Im übrigen heißt es mit allen übrigen Dingen: abwarten — dieses Jahr lehrt die Deutschen von neuem, daß es eine problematische Sache ist, sich aus eigener Kraft zu ernähren. Ja, wenn der ganze Boden unter Glas wäre oder geheizt werden könnte (und süßen wir gleich hinzu im Hinblick auf den vorigen Sommer: durch künstlichen Regen befruchtet)! Aber schön ist der Frühling doch — trotz alledem. Man gehe nach einem Regen durchs Land — da spritzen die frischen Saaten, Hafer, Gerste, da liegen die Flächen, denen die Kartoffeln anvertraut worden sind, da prägen die Wiesen schon wieder im jungen Grün, da atmet die Brust eine reine Luft und nimmt selbst den Geruch des jauchelnden Wagens mit einer gewissen Hochachtung auf.

„Mai kühl und naß, füllt dem Bauer Scheuer und Faß“ heißt es von altersher, aber ob es diesmal zutrifft? Nachdem März und April so kalt und regnerisch gewesen sind. . .

Im Blumengarten.

Für den Blumenlor des Kleinrentners ist ja meist durch Stauden gesorgt; da sie stehen bleiben, wird Arbeit gespart. Höchstens pflanzt der Liebhaber noch Dahlien, deren Knollen im Winter

kraftlos aufbewahrt werden müssen, wie dies auch bei den Gladiolen der Fall ist. Tulpen und Narzissen können im Lande bleiben; sie vermehren sich und bilden in wenigen Jahren stattliche Gruppen, deren Farbenwirkung ja bekannt ist. Früher kosteten solche Blumenzwiebeln, die uns Holland lieferte, eine Bagatelle, heute muß alles mit vielem Gelde bezahlt werden. Deshalb ist es rätslich, wenn man neben den Stauden noch etwas Sommerliches ziehen will, sich solche Blumen auszusuchen, bei denen man den Samen wieder selbst ernten kann. Da ist in erster Linie die wohlriechende Wicke zu nennen. Noch ist es Zeit, die Körner, die man in den Samenhandlungen kaufen kann, einzulegen; je 4—5 in ein Loch, mit 10 Zentimeter Abstand, wenn man sozusagen eine Hecke haben will. Die Spencer-Sorten sind wunderbar, alle Farben sind vertreten, und die Größe und Schönheit der Blüten haben der Wicke mit Recht den Namen „Orchideen des kleinen Mannes“ eingetragen. Und das Schöne ist, man kann den hochrankenenden (und daher mit Reifig zu stützenden) Pflanzen Blumen entnehmen als willkommenes Geschenk für den Besucher — ja, es ist sogar so eingerichtet, daß man desto mehr Blüten hervorzuheben, je mehr man die erscheinenden abschneidet. Ein Engländer — in England ist die Wicke ein Sport geworden — hat berechnet, daß er von einer Pflanze 800 Blumen geschnitten hat. Man muß nur aufpassen, daß sich kein Samen ansetzt, denn dann hört die Blühfähigkeit bald auf — erst zu Beginn des Herbstes löst man den Samen sich entwickeln, um eben neues Saatgut für das nächste Jahr zu gewinnen.

Mit Tulpen, Narzissen, Gladiolen, Ranunkeln, Dahlien und Wicken geben wir dem Garten eine Farbenglut, die das Auge entzückt wird. Halt! vergessen wurde die Iris germanica, eine ausdauernde Staude, aber bitte nicht die sahle gelbe, sondern eine dunkelblaue Sorte oder gar solche, die zwei oder drei Farben, braun, gelb, purpur, weiß usw. vereinigen. Auch sie kann man als „Orchideen des kleinen Mannes“ bezeichnen.

Die Ernährungsnot Berlins.

Die Ernährungsnot Groß-Berlins gaben dem Magistrat Veranlassung, seine Erfahrungen in der Versorgung der Großstadt mit Lebensmitteln aus dem letzten Jahre vor Vertretern der Reichs- und Staatsregierung, der Parlamente, des Reichsrates und des Staatsrates zur Sprache zu bringen. Oberbürgermeister Böß betonte den besonderen Ernst der Lage. Die Großstädte, besonders Berlin, mühten befürchten, daß die Räte der Ernährung sich noch verschlimmern werden. Der Kartoffelmangel habe eine Stimmung ausgelöst, die für die Vertreter des Land- und Reichstages von allererstster Bedeutung ist. Wenn die Regierung nicht mehr die nötigen Devisen zur Einführung von Lebensmitteln bekommen könne, so sei für den Bestand des Staates die größte Gefahr, auf die schon jetzt hingewiesen werden müsse. Die Landwirtschaft leistet nicht das, was sie leisten könne. Es ist notwendig, daß dies nachgeholt wird. Insbesondere mühten ausgedehnte Relinquenzen durchgeführt werden.

Stadtrat Dr. Richter ergänzte die Ausführungen des Oberbürgermeisters und legte dar, wie die Notlage der städtischen Ernährung bedingt sei einmal durch enorme Teuerung, dann durch die Knappheit der Lebensmittel und dann bei der Milch durch den Mangel an Qualität. Er verlangte den Abbau der Einfuhrzölle und die Minderung der Frachtkosten für Lebensmittel, ferner die Unterbindung der Ausfuhr insbesondere von Gemüsekartoffeln und schließlich scharfes Vorgehen gegen Aufkäufer und gegen die Zurückhaltung von Lebensmitteln. Die Getreideumlage habe sich bewährt. Eine Staffelung des Brotpreises nach dem Einkommen der Käufer sei nicht durchführbar.

Geradezu protest sei die Lage auf dem Zuckermarkt. Die hohen Preise führten zur Unterernährung der Kinder.

Stadtrat Wuyt ging auf das Versagen der Kartoffelversorgung ein. Obwohl die Händler fortgesetzt beruhigende Versicherungen abgegeben hätten, waren sie außerstande, die Versorgung zu übernehmen und der Handel stand mit leeren Händen da. Man ver-

suchte eine Reserve von 220 000 Tonnen zu verschaffen; es wurden jedoch nur 68 000 Tonnen geliefert.

Nachdem Sabath für die Berliner Gewerkschaftskommission sich mit aller Schärfe für die Aufrechterhaltung des Umlageverfahrens für Getreide und für eine Wiedereinführung für Kartoffeln eingesetzt hatte, machte Genosse Georg Schmidt vom Landarbeiterverein sachliche Ausführungen. Er verlangte von den Großstädten, daß sie sich stärker für das Zusammenwirken von Erzeugern und Verbrauchern einsetzen sollten, dieses sei ja auch im Produktionsprogramm der Landwirtschaft vorgeschrieben. Es sei zu verlangen, daß die Notwendigkeit eines behördlichen Zwanges bei der Durchführung des Produktionsprogramms auch von der Landwirtschaft anerkannt werde. Niemand sei die Verhegung zwischen Stadt und Land ärger betrieben worden als jetzt, sie gehe aber nicht allein von der Stadt aus. Die Sozialdemokratie habe im Reichstag für die Lieferungsverträge den Erfüllungszwang verlangt. Wenn die Landwirtschaft heute auf der freien Wirtschaft bestehe, so dürfe sie sich dadurch keiner Täuschung hingeben, daß es auch einmal anders kommen könne und daß wir dann nicht auf ihren Rückschrei eingehen werden. Unhaltbar seien die Zustände auf dem Zuckermarkt. Die Zuckerbelieferung der Süßwarenfabriken müßte verboten, die des Süßigkeitengewerbes eingeschränkt werden.

Die Landwirtschaft hatte als ihren Vertreter den Dekonomierat Reiser entsandt, der von der Notlage der Städte kein Wort geäußert zu haben schien, sich über die Not und das Produktionsprogramm der Landwirtschaft verbreitete, ohne auch nur ein Wort des Entgegenkommens an die Verbraucherschaft zu finden. Die Landwirtschaft will höchstens eine gewisse Menge Getreide bereitstellen unter der Bedingung, daß seine Verbilligung auf die Schultern der Allgemeinheit gestellt werde — also die bekannte Brotzuschußsteuer, die bei der bekannten Steuerförmlichkeit der Agrarier in Wirklichkeit nur auf den Städten lasten würde. Es ist dringend zu wünschen, daß die Regierung für die Forderungen der städtischen Verbraucher etwas mehr Verständnis aufbringt als die Landwirtschaft.

Sturmzeiten bei einem Lokaltermin.

Der Mutter- und Schwestermörder in Lichterfelde.

Sehr erregte Szenen gab es gestern nachmittags in der stillen Albrechtstraße zu Lichterfelde. Dort fand im Hause Nr. 16 ein Lokaltermin statt zur Aufklärung des furchtbaren Verbrechens, dem seinerzeit Frau Müller und ihre Tochter zum Opfer gefallen waren. Als Mörder war bekanntlich der 26 Jahre alte Sohn der Ermordeten, Roman Müller, verhaftet worden. Er wurde gestern im Beisein der Staatsanwaltschaft und der Kriminalpolizei noch einmal an den Tatort geführt, da es notwendig schien, seine Angaben über den Verlauf des Verbrechens an Ort und Stelle nachzuprüfen. Der Mörder schilderte ohne Zeichen einer inneren Erregung, wie er, als die Mutter und Schwester sein Verlangen nach Geld abgeschlagen hätten, zum Beil gegriffen und zunächst auf die Mutter eingeschlagen habe. Als die Schwester zu Hilfe eilte, schlug er auch auf diese ein und griff dann zu einem Nieten, um sie zu erdrosseln. Der Täter erzählte, daß die Schwester in dem Augenblick, als er sich noch der Mutter umwandte, nach dem Fenster gelaufen und auf die Straße hinabgesprungen sei. Während die Vernehmungen in der Wohnung stattfanden, hatte sich eine große Menschenmenge vor dem Hause angesammelt, die zunächst Miene machte, gewaltsam in das Haus einzudringen. Als dieses verhindert wurde und bald darauf gegen 7 Uhr abends der Mörder im Automobil wieder abtransportiert werden sollte, wollte die Menge sich auf den Mörder stürzen. Nur mit größter Mühe gelang es, ihn im Automobil unterzubringen, das rasch unter den drohend erhobenen Fäusten und Pfuifrufen davonfuhr.

Sammelkarten auf der Straßenbahn.

Dem in der Stadtverordnetenversammlung geäußerten Wunsch, daß auf der Straßenbahn wieder Sammelkarten eingeführt werden, hat die Straßenbahn sich nicht verschließen dürfen. Sammelkarten für 7 Fahrten zu 20 Mark sind jetzt wieder zu haben, wie ein Anschlag in den Straßenbahnwagen mitteilt. Wahrscheinlich hat der Robatt, den die Hochbahngesellschaft bei Entnahme von Fahrkartenblock gibt, die Straßenbahnverwaltung genötigt gemacht, die Sammelkarten zu bewilligen. Der Robatt, den man jetzt auf der Straßenbahn erhält, ist sogar höher, als der auf der Hochbahn gegebene. Der Robatt auf Sammelkarten der Straßenbahn beträgt 1 M. auf 20 M., bei der Hochbahn aber erzielt man 1 M. Rabatt erst bei 25 M. und bei 30 M.

Der Ruf durchs Fenster.

Roman von Paul Frank.

„Rein,“ sagte sie mit bebender Stimme, „keinen Wein mehr... Davon hast du diese Zustände... Ich habe mit Doktor Jordan telephoniert...“

„Wann?“

„Eben jetzt... Während du dagesessen bist ohne dich zu rühren.“

„Was hat er gesagt?“

„Er will in einer Viertelstunde hier sein.“

„Unfinn!“ rief Albert Reuß ärgerlich. „Nun ist doch alles vorbei. Wozu also den Arzt. Da will ich doch gleich mal selber...“ Er erhob sich, nachdem er sich vorher einen entschlossenen Ausdruck gegeben hatte; es gelang ganz leicht und ohne besondere Bemühung. Frau Hedwig war nicht instande, ihn zu hindern, als er in den Vorraum hinausschritt. „Hoffentlich ist er noch nicht fortgegangen...“ sagte er und ließ die Verbindung herstellen. In der weichen Dämmerung, die den Winkel erfüllte und alle Konturen unbestimmt verschwimmen ließ, erweiterte sich die Sprechmuschel plötzlich vor seinem erstaunten Blick zu einem tessellierten Gefäß von bedeutendem Umfang und kupferroter Farbe. Da er in der gleichen Sekunde die Stimme seines Partners vernahm, schloß er die Augen, um sich von dem Anblick des unerwartlichen Trugbildes zu befreien und rief: „Hallo! Doktor Jordan? Höchstezeit? Jawohl, ich bin's — Albert Reuß in eigener Person! Sie wundern sich darüber, daß der Patient zum Telephon kommt? Weshalb auch nicht? Wer weiß, welches Märchen meine treue Hedwig Ihnen da vorhin erzählt hat, als ich sie nicht hindern konnte. Eine kleine Abspannung nach dem anstrengenden Rosenstudium. Kein Wunder, wenn nach solchen gewesen wären, würden Sie die Geschichte genau so auffassen wie ich. Ah? Sie waren im Theater? Nun? Welchen Eindruck haben Sie gewonnen? Sie wollen mir das alles mündlich erzählen? Ausgezeichnet! Aber nicht heute abend. Unter keiner Bedingung! Sie haben schon den Ueberzieher an? Regen Sie ihn wieder ab — setzen Sie sich hübsch zum Schreibtisch oder zur Patience... oder legen Sie sich ins Bett — ganz

wie Sie wollen — aber lassen Sie sich's bloß nicht einfallen, mir jetzt noch eine Visite abzustatten. Ich fühle mich wohl und gesund und hoffe, recht gut zu schlafen. Und keinen Wein mehr... damit meine Frau eine Freude hat... Ihr steckt natürlich unter einer Decke, ihr beide! Gute Nacht, lieber Doktor, und auf Wiedersehen morgen vormittag!“ Er hängte das Hörrohr auf.

„Du willst wirklich nicht?“ fragte Frau Hedwig. Er sah sie verständnislos an.

„Daß der Doktor noch heute kommt...“ setzte sie fort. Er schüttelte den Kopf. „Was sollte er denn da? Ich bin froh, daß er zu Hause bleibt. Er kommt doch morgen zu uns. Da werden wir es noch zeitig genug erfahren, daß ich neroös, überarbeitet, erholungsbedürftig bin...“

„Du solltest dich schonen, Albert...“

„Schon gut, mein Kind... Und nun wollen wir zur Ruhe gehen...“

„Hast du noch einen Wunsch?“

„Keinen anderen, als daß du die dumme Geschichte vergessen mügest.“ Sie gab ihm das Geleite bis vor seine Schlafzimmertür. Er küßte sie leicht auf die Stirn. „Morgen... beim Frühstück...“ sagte er.

„Soll ich nicht doch lieber bei dir bleiben?“

„Unfinn...“ wehrte Reuß ab und schloß hinter sich die Tür. Im Zimmer war es dunkel; nur das hohe, schmale Fensterroter sah mattblau leuchtend in der Wand. Er ließ die mit dem grünen Schirm überdachte Leselampe auf seinem Nachttisch aufblitzen und trat hierauf vor den Spiegel. Er erschraf, als er seiner Züge, der erblähten Wangen, der graugelben Farbe seiner Stirn, der von braunviolett, ringförmig gezogenen Schatten umgebenen Augen ansichtig wurde, deren Blick ihn ermattet, glanzlos traf und den er doch so ganz anders in Erinnerung hatte. Wie ist es nur möglich — dachte er, daß ich mich so kraß verändert habe? Bin ich wirklich krank und sind das die ersten Anzeichen eines mir vorläufig noch unbekanntem Leidens, das fortan meine Tage beschatten, meine beste Kraft verzehren und mich vornehmlich brechen wird, nachdem es mich eine lange, qualvolle Zeit auf das Schmerzenslager gefesselt hat? Waren das am Ende die ersten Warnungen zur Umkehr, Einhalt zu tun, nicht mehr in gleichem Ungeßüm auf der gewohnten Bahn dahinzuschreiten? Ich habe mich all mein Lebtag vor dem möglichen Eintritt dieser

Stunde gefürchtet, die jedem Mann einmal schlägt, und in der ihm die Mitteilung wird, daß er kein Jüngling mehr ist. Ich hätte jedoch nicht gedacht, daß mir solche peinliche Eröffnung jetzt schon blühen könnte. Unerträglichem Zustand, den eigenen Körper in Gefahr, von einem geheimnisvollen Feind befallen zu wissen. Ob es nicht doch klüger gewesen wäre, Doktor Jordan noch heute zu Rate zu ziehen, der mir am Ende die Beruhigung hätte geben können, die ich mir selbst nicht zu spenden vermag? Er trat vom Spiegel zurück und begab sich ans Fenster. Die heiße Stirn an die kühle Glasscheibe gepreßt, starrte er auf die finstere ausgestorbene Straße hinunter. Nach einer Weile verließ er diesen Ort und begann, nachdem er vorher ein Veronapulver genommen hatte, sich auszukleiden.

Albert Reuß hatte ungeachtet des Schlafmittels eine unruhige, von bösen Träumen erfüllte Nacht verbracht; Zerrbilder und Schrecknisse hatten ihn förmlich gejagt; hundert grinsende Fragen waren darauf verlesen gewesen, ihm den Frieden zu verschwehen, den er so sehr ersehnt, und zuletzt hatte er sich im Mittelpunkt eines Sternes befunden, der aus Särgen gebildet war, in deren jedem er sich selbst erkannt hatte, trotz der mannigfach und widerwärtig entstellten Züge, die er dennoch in jedem Falle schaydernd als seine eigenen erkannte.

Doktor Jordan traf ihn noch im Bett liegend an. Der Schauspieler erhob sich und nahm im Morgenanzug dem Arzt gegenüber Platz. Dieser betrachtete ihn lange und aufmerksam und ließ sich hierauf eingehend Bericht erstatten. Er schüttelte vorerst mißbilligend den Kopf.

„Lieber Freund,“ sagte er nachdrücklich, „Sie müssen vor allem aufrichtig mit mir sein.“

„Wie soll ich an dir, teurer Freund, gar zum Verräter werden?“ zitierte Albert Reuß und zwang sich zu einem Lächeln.

„Ich bin nämlich mit Ihrem Aussehen gar nicht zufrieden,“ fuhr der Arzt fort. „Wenn wir dem Uebel auf den Grund kommen wollen, werden Sie dem Arzt nichts, aber auch gar nichts verschweigen dürfen...“

„Ich denke gar nicht daran...“

(Fortsetzung folgt.)

Unter dem Deckmantel des Christentums.

Mißbrauch der Elternbeiratswahlen.

Bei den bevorstehenden Elternbeiratswahlen rechnet die sich christlich-unpolitisch nennende Elterngruppe auf Unterstützung durch den Trost der Unausgesprochenen. Doch hinter der „christlich-unpolitischen“ Maske die schlimmste Reaktion sich verbirgt, kann dem Einsichtigen nicht zweifelhaft sein. Kennzeichnend ist folgendes Schriftstück, das allen Eltern der Kinder der 5. Hilfschule (in der Blumenstraße) von dem „christlichen Elternbund“ überhandt wurde:

Dringende Einladung

zur amtlichen Elternversammlung des Herrn Direktors am 13. Mai 1922, 7 Uhr abends, in der Aula der 5. Hilfschule, Blumenstr. 77, und zu der sich daran anschließenden Versammlung der christlichen Schullehrerschaft. Tagesordnung: „Wie befreien wir uns von dem mit Juden besetzten Elternbeirat, der unsern zarten Kinderherzen den christlichen Religionsunterricht rauben und in sie die verheerende Parteipolitik pflanzen will?“

Väter und Mütter! Rettet Euer Kind! Wahrt Euer Elternrecht und erscheint in Massen!

Der christliche Elternbund der Schule.
J. A.: Röhr, Marktstr. 27.

Auf diesen dreifachen Mißbrauch der Elternbeiratswahlen zu einer tatsächlich verheerenden Propaganda im Sinne der Reaktion müssen alle aufklärten Eltern dadurch antworten, daß sie am Tage der Wahl vollständig anretreten und ihre Stimme der gemeinsamen Liste der drei Linksparteien geben.

Das erste Fräulein Rechtsanwältin.

Das erste Auftreten eines Verteidigers weiblichen Geschlechts vor einem Berliner Schwurgericht ist vom Schwurgericht des Landgerichts III zu verzeichnen. Wegen Straßenraubes hatten sich mehrere Personen zu verantworten. Zum Offizialverteidiger für einen der Angeklagten war Fräulein Dr. Kunl in Vertretung des Rechtsanwalts Dr. Schweizer bestellt. Die junge Advokatin macht als Referendarin die verschiedenen Stationen durch und konnte sich nun in der Referendar-Kollegie den Geschworenen in der Rolle des Verteidigers vorstellen. Sie nahm sehr unbefangenen neben ihren männlichen Kollegen am Verteidigerisch Platz und waltete ihres Amtes mit Geschick und auch erfolgreich.

Zur Finanzierung der Kleinwohnungsbauten.

Mit der Arbeitsgemeinschaft für Kleinwohnungsbauten, über die im „Vorwärts“ wiederholt berichtet wurde, wird demnächst die Stadtverordnetenversammlung sich zu beschäftigen haben. Der Magistrat ersucht um Zustimmung, daß die Stadt eine Bürgschaft für die durch die Arbeitsgemeinschaft gewährten zweiten Hypotheken übernimmt und ein Darlehen bis 50 Millionen Mark von der Landesversicherungsanstalt Berlin zur Gewährung von Sonderzuschüssen für den Kleinwohnungsbau aufnimmt. Eine angemessene Finanzierung sei, sagt der Magistrat zur Begründung, nur dann durchzuführen, wenn eine höhere Beleihung als bisher erzielt werde. Das für Sonderzuschüsse bestimmte Darlehen soll aus der Wohnungsbauabgabe verzinst und aus ihr in spätestens drei Jahren zurückgezahlt werden.

Mate.

Es wird niemand behaupten wollen, daß wir unter Getränmangel auf irgendeinem Gebiet in Deutschland zu leiden hätten. Aber Kaffee und chinesischer Tee sind fast unerlässlich teuer, und so werden Versuche unternommen, andere Getränke erforschen einzuführen, die sich im Preise wesentlich billiger stellen. Das brasilianische Konulat in Berlin trat gelegentlich der Feier des Nationalfesttages Brasiliens zur Erinnerung an die Befreiung der Sklaven sehr warm für einen brasilianischen Tee, dem *erva mate*, ein. *Mate* war schon von altersher ein Nationalgetränk Südamerikas, das in den Urwäldern und Niederlassungen als Anregungs- und Genusmittel weiteste Verbreitung fand. Es sind die gebirgigen und teilsartig zubereiteten Blätter eines Baumes, der in 400 bis 1000 Metern Höhe hauptsächlich in Brasilien wächst. Der starke Tanningehalt macht den *Mate*-Tee für den deutschen Gaumen ein wenig zu herb. Er wirkt jedoch anregend ähnlich dem China-Tee und soll eine ganze Reihe hervorragender medizinischer Eigenschaften besitzen. Der Preis des Tees würde sich heute auf etwa 80 Mark pro Fund stellen. Das wäre allerdings lange kein Beweis für die Abhängigkeit in der Geschmackrichtungen eingestellt ist.

Mordprozess Reiser verlagert. In der gestrigen Nachmittagsverhandlung in dem Mordprozess Passarge und Gen. drehte es sich in der Hauptsache um den von der Verteidigung nachträglich geladenen Zeugen Ludwig Levy, der sonderbarerweise plötzlich verschwand und ist. Ein Kriminalbeamter, der beauftragt war, den Zeugen Reiser am Gerichtsstelle zu schaffen, bekundete als Zeuge, daß die Gewächter des 2. im mitteilt hätten, daß ihr Bruder am Freitag sich gegen 12 Uhr aus der Wohnung entfernt hätte und seitdem nicht zurückgekehrt sei. Da die Verteidiger darauf bestanden, daß die Vorführung des Reiser sich nicht umgehen lasse, verkündete der Vorsitzende den Beschluß des Gerichts dahin, daß die gesamte Verhandlung zu vertagen sei. — Die Verhandlung ist damit auf unbestimmte Zeit verlagert.

Todesopfer einer Autofahrt. Auf der Strecke Werder-Brandenburg ereignete sich in der Nacht zu Montag ein Automobilschicksal, das mehrere Opfer erforderte. Gegen 11,45 Uhr nachts fuhr bei Groß-Kreuz das Auto des Brandenburgers Kaufmanns Doerke gegen einen Baum. Von acht Insassen des Autos blieben zwei sofort tot am Platze, zwei Fahrgäste wurden schwer verletzt. Tot sind Frau Doerke und ein Fräulein Schläter. Die Schwerverletzten wurden mit einem Feuerwehrauto in das Brandenburger Krankenhaus geschafft.

Elternbeiratswahlen! Mittwoch 7½ Uhr spricht Genosse Farrer Gleier in einer öffentlichen Versammlung in Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Str. 88. Thema: Die Bedeutung der Elternbeiratswahlen für die neue Erziehung. — Die Elternversammlung in Neukölln für die zweite Mädchenmittelschule, Richardplatz, findet nicht, wie in der Sonntagsnummer angegeben, am Donnerstag, sondern heute am Dienstag bei Hain, Richardstr. 85, statt.

Der Lunapark in Halensee hat wieder seine Pforten geöffnet und sich, so weit man schauen kann, in ein farbenprächtiges neues Gewand gehüllt. Der zu den Terrassen führende Arkadengang erstreckt in blaugelben zackigen Ornamentierungen. Die Hauptattraktion, die Gebirgsbahn, hat ihr Konstruktionsgerüst geschickt und wirkungsvoll mit riesigen Blumenmaterialien verdeckt. Die Weinabteilung des Hauptrestaurants ist zu einem ergötlich wirkenden Gemach umgestaltet worden. Fröhliches Blauweiß lächelt überall in dem Bierdorf den harmlosen Berliner bairisch an. Es lächelt auch der (halbe) See und ladet zum Bode (wenn's wärmer ist). Kurzum, diese Stätte Berliner Sommerbelustigung, von den vielen eine der fröhlichsten und mondänsten, präsentiert ihre Reize in der einladendsten Form.

Das neue Programm der Witte-Sänger (Theater am Kolonnen Tor) wurde durch eine ganz hübsche humoristische Gesangsquadrielle, gesungen von den Herren Rich. Schaubert, Mülch, Joachim, Wolfen, Gröning, Panzer, Dorn und Peder, eingeleitet. Unter einigen anderen Späßen und Vorträgen gelangten ein paar Vollen von Herrn Max Dorn zur Ausführung. Die originale schärfste Type Kulell hatte auch diesmal wieder das Publikum auf seiner Seite, das sich über die trockenen Lustigkeiten vor Lachen willigte.

Verbandstag der Buchbinder.

Vom 15. Mai an hält der Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands seinen 14. Verbandstag in Cassel ab.

Aus dem umfangreichen Geschäftsbericht des Vorstandes ist zu ersehen, daß die Entwicklung des Verbandes sehr gute Fortschritte gemacht hat. Der Verband hat vor allem eine sehr erfreuliche Mitgliederzunahme zu verzeichnen. Die Zahl der Mitglieder stieg von 36 969 im Jahre 1918 auf 87 960 Mitglieder; davon sind 62 810 weibliche und 25 150 männliche Mitglieder. Die gesamten Einnahmen belaufen sich auf 8 333 838 Mark. Von den Ausgaben sind die für Streiks und Lohnbewegungen die bedeutendsten. Der gesamte Aufwand für Unterstützungszwecke beläuft sich auf 1 855 562 Mark. Bei den Lohnbewegungen wurde für 477 076 Personen eine wöchentliche Zulage von 17 390 400 Mark erreicht. So groß diese Summe auch scheint, muß doch konstatiert werden, daß sie noch immer nicht genügt, auch nur annähernd einen Ausgleich für die Steigerung der Lebensunterhaltskosten zu bringen.

Aus der Tagesordnung des Verbandstages sind hervorzuheben die Referate über die Beitragsfestsetzung und Unterstützungseinrichtungen, die Statutenberatung, die Berichterstattung über die Tarif- und Lohnbewegungen und das Zusammenwirken mit den anderen gewerkschaftlichen Organisationen.

Einem großen Raum der Beratungen wird die Besprechung über den Graphischen Bund

einnehmen. Man verlangt, daß der „Graphische Industrieverband“ mehr als bisher durch Wort und Schrift propagiert wird. Der Verbandsvorstand soll beauftragt werden, mit den übrigen Verbänden in graphischen Gewerbe in Verbindung zu treten und den Zusammenschluß zu einem Graphischen Industrieverband und die Führung einheitlicher Lohnverhandlungen im schnelleren Maße zu betreiben. Der Geschäftsbericht des Verbandes legt zu dieser Frage:

„Die Zusammenarbeit der 4 Verbände hat zweifelsohne in den letzten paar Jahren gute Fortschritte gemacht. Auf halbem Wege stehen zu bleiben, wäre aber nicht den Anforderungen der Zeit entsprechend. Aus dem Zusammenwirken muß der Zusammenschluß geboren werden, und wird der Verbandstag dazu beitragen müssen, daß wir ihm nähergebracht werden.“

Ein anderer Antrag verlangt eine alle Berufe umfassende Einheitsorganisation mit dem Anschluß an die Amsterdamer Internationale.

Zu dem Punkt „Beitragsfestsetzung und Unterstützungseinrichtungen“ liegen allein 105 Anträge vor. Eine vom Verbandsbeirat eingeleitete Siebenerkommission hat diese Anträge gesichtet.

Anträge zu dem Punkt „Tarif- und Lohnbewegungen“ verlangen vor allem die grundsätzliche

Beibehaltung der reichsarbeitsrechtlichen Regelung

der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Gleichstellung der Entlohnung der Männer- und Frauenarbeit. Die Justizausarbeiten sollen ebenfalls nach reichsarbeitsrechtlichen Grundsätzen und der Verdienst in die Staatskasse fließen. Erhöhte Aufmerksamkeit soll der tariflichen Regelung des Beurlaubens gewidmet werden.

Aus dem Vorstehenden ist ersichtlich, daß die Delegierten große und für die Zukunft des Verbandes verantwortungsvolle Arbeit zu erledigen haben. Mögen die Arbeiten der Casseler Tagung von vollem Erfolg gekrönt sein.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Stegly, Richterstraße, Danzig. (Wahlkreis: Ausschuss der sozialistischen Parteien.) Mittwoch, den 17. Mai, öffentliche Versammlung in der Aula der Oberschule, Richterstraße, 23. Thema: „Deutsche Kulturpolitik“. Ref. Ugg. Gensch, Kultusminister a. D.

7. Kreis Charlottenburg. Mittwoch, den 17. Mai, 7½ Uhr, im Kaiser-Friedrich-Str. 88, große öffentliche Elternversammlung. Thema: Die Bedeutung der Elternbeiratswahlen für die Erziehung. Ref. Walter Wier.

11. Kreis Schöneberg-Friedrichshagen. Mittwoch, den 17. Mai, 7½ Uhr, öffentliche Elternversammlung in der Aula der Hiltl-Schule, Kolonnenstr. 22. Thema: „Die Schule, wie sie ist — und wie sie sein soll“. Ref. Rektor Doff.

2. Kreis Tiergarten. Dienstag, den 16. Mai, 7 Uhr, in der Aula, Oulshofstraße 115, Elternversammlung der 100. Gemeindefschule, Stephanstraße, und der 108. Gemeindefschule, Oulshofstraße. Thema: Die Auswahl der Elternbeiräte für die weibliche Einheits- und Arbeitsschule. — Mittwoch, den 17. Mai, 7 Uhr, im Konferenzsaal der Schule Woltersferstr. 20, wichtige Besprechung und Materialausgabe für die Deputierten und Vertreter der Elternbeiräte an den Gemeindefschulen.
6. Kreis Kreuzberg. Deputierte der Elternbeiräte: Dienstag, den 16. Mai, bei Müll, Planstr. 77, Sitzung. Jede Abteilung muß vertreten sein.
17. Kreis Friedrichshagen. Dienstag, den 16. Mai, 7½ Uhr, Elternversammlung der Anhalterschule im Lokal Kolditz, Marktstr. 7. Aufstellen der gemeinsamen Kandidatenliste.
2. Kreis Wedding. Mittwoch, den 17. Mai, 7 Uhr, bei Schabe, Köpenicker Str. 9, Kreisvorstandssitzung.
4. Kreis Prenzlauer Berg. Arbeitsgemeinschaft sog. Elternbeiräte: Versammlung aller Schulabteilungsstellen Mittwoch, den 17. Mai, 7 Uhr, in der Schulaula Senefelderstr. 6. Jede Schule muß vertreten sein, Kandidatenlisten mitbringen.
11. Kreis Schöneberg-Friedrichshagen. Mittwoch, den 17. Mai, 7½ Uhr, im Reichensal der Schule Friedrichstr. 57, Kreisvorstandssitzung. Tagesordnung: 1. Unsere politische Lage und Genus. Ref. Ugg. Gensch, Wilhelmshagen, M. d. R. 2. Bericht des Kreisvorstandes. 3. Neuwahl des Kreisvorstandes. 4. R. Schiebener.
12. Kreis Tempelhof. Mittwoch, den 17. Mai, 7½ Uhr, Sitzung des Kreisvorstandes in Tempelhof im bekannten Lokal.
140. Wkt. Wittenau. Mittwoch, den 17. Mai, 7½ Uhr, Mitgliederversammlung bei Schulz, Hauptstr. 10. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Stadtrat Werner. — Dienstag, den 16. Mai, 7½ Uhr, Vorstandssitzung bei Brate, Hauptstr. 10.

Heute, Dienstag, den 16. Mai:

79. Wkt. Schöneberg. Die heutige erweiterte Vorstandssitzung fällt aus und findet heute am Freitag, abends pünktlich 8 Uhr, bei Oros, Sedanstr. 17, statt. Die Vorstandsmitglieder treffen sich bereits um 7 Uhr zu einer Besprechung.

Frauenveranstaltungen:

48. und 41. Wkt. 7½ Uhr bei Kaufner, Dagerberger Str. 20. Thema: „Die sexuelle Auffklärung des Jugend“. Referentin Fräulein Dr. Sieber.

Morgen, Mittwoch, den 17. Mai:

36. Wkt. 7½ Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre, Elternbeiratsmitglieder und Kandidaten bei Schand, Viehstr. 24.
82. Wkt. Strogil. Pünktlich 8 Uhr Mitgliederversammlung in der Heußelschule, Hauptstr. 18. Ref. Studentin Dr. Weeger. Thema: „Der Kampf um die Schule“.
- Reinhold. 94. Wkt. 7 Uhr Abrechnung und Funktionärprüfung bei Taubel, Weißerstraße 23. — 97. Wkt. 7½ Uhr im Lokal Schuls, Emmer Str. 102, Sitzung sämtlicher Funktionäre, Pünktliches und bestimmtes Erscheinen Pflicht.
100. Wkt. Oberschöneberg. 8 Uhr im Reichensal der Rottmeyer-Schule (Eingang Friedrichstraße), Mitgliederversammlung. Thema: „Die Bedeutung der Elternbeiräte“.
106. Wkt. Johannisthal. 7½ Uhr in der Aula der Gemeindefschule Roonstr. 1, Mitgliederversammlung. Thema: „Das Reichsministerium“. Ref. Genosse Wier.
143. Wkt. Weidmannsdorf. 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Henrich am Bahnhof. Thema: „Die Bedeutung der Elternbeiratswahlen“. Ref. Genosse Kurt Riekmann.
- Wittenauer 9 Uhr im Reichensal der Sophien-Schule, Weinmeisterstr. 1017, außer wichtige Konzepte sämtlicher FFB-Funktionäre. Tagesordnung: — Die Wirtschaftslage der Gegenwart und das Programm“. Ref. Landtagsabgeordneter Nikolaus Thieroth. Freie Aussprache.

Frauenveranstaltungen:

21. Wkt. 7½ Uhr bei Groß, Hennigsdorfer Str. 10. Thema: „Jugend im Recht“. Ref. Helgentreu.
54. Wkt. Charlottenburg. Der Frauenabend fällt aus.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Dienstag, den 16. Mai:

Wahlkreis: Jugendheim Gemeindefschule Berliner Straße, Vortrag: „Wie sollen wir wandern?“ — Kreuzberger Viertel: Jugendheim Gemeindefschule Schönländer Straße, Vortrag: „Jugend und Wandern“. — Reisschule: Jugendheim Kaiser-Friedrich-Str. 88, Bericht von der Generalversammlung. — Wittenauer: Jugendheim Woltersferstr. 5 bei Müll, Mitgliederversammlung. — Wittenauer: Jugendheim Woltersferstr. 5 bei Müll, Mitgliederversammlung. — August Bebel. — Schöneberg: Jugendheim Ruchens, 60 Hauptstr. 60, Vortrag: „Was ist Sozialismus?“ — Strogil II: Jugendheim Johanna-Stegen-Str. 3, Vortrag: „Die Revolution von 1918“. — Schöneberg: Jugendheim Lindenstr. 3, Vortrag: „Der Versailler Friedensvertrag und die Arbeiterklasse“.

Wirtschaft

Der Kapitalbedarf der deutschen Wirtschaft.

Man schreibt uns: Als im vergangenen Jahre eine milde Börsenhausse die Sinne der großen und kleinen Kapitalisten benebelte und die Börsenspekulation sogar in den Kreisen der sogenannten kleinen Leute zahlreiche Anhänger fand, wurde von ersten Beobachtern dieser Vorgänge immer wieder darauf hingewiesen, daß dieses Treiben sich zu einem schweren Krebschaden der deutschen Volkswirtschaft ausmachen müsse. Die Verwaltungen zahlreicher industrieller Aktiengesellschaften wurden durch die Börse, oft wider ihren eigenen Willen, genötigt, diejenigen Kapitalien, die sie gern für den Ausbau ihrer Betriebe reserviert hätten, in Form von Bezugsrechten und Gratisaktien auszuschießen. Auf diese Weise ist das Festpostler, das unserer Industrie aus früheren guten Zeiten noch geblieben war, zum großen Teil ausgezehrt worden. Man muß sich heute darüber klar sein, daß gerade im Jahre 1921 ein großer Teil des Betriebskapitals der deutschen Industrie auf dem Umweg über die Börse in den Konsum übergeleitet wurde. Da andererseits infolge der wachsenden Teuerung eine Neubildung werbender Kapitalien stattgefunden hat, zeigt sich in Handel und Gewerbe augenblicklich eine bedrohliche Geldknappheit.

Zahlreiche Aktiengesellschaften haben in den ersten Monaten des Jahres 1922 beschlossen, ihr Aktienkapital beträchtlich zu erhöhen. So wurden nach einer privaten Statistik in den Monaten Januar bis April d. J. insgesamt 7896 Millionen Mark Stammaktien neu geschaffen gegen 4782 Millionen Mark im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Auch die Ausgabe von Vorzugsaktien zeigt eine Steigerung um rund 200 Millionen Mark. Schuldverschreibungen wurden im Nennwerte von 3484 Millionen Mark gegen 1839 Millionen Mark im Vorjahre ausgegeben. Ingesamt zeigt sich eine Steigerung der industriellen Kapitalaufnahme von rund 7,5 Milliarden Mark in den ersten vier Monaten des Vorjahres auf rund 12,5 Milliarden Mark im entsprechenden Zeitraum des laufenden Jahres.

Diese Statistik ist geeignet, den Anschein zu erwecken, als ob die Industrie diese Kapitalien auch wirklich erhalten habe. Das ist jedoch durchaus nicht der Fall. Der weitaus größte Teil der jungen Aktien liegt noch in den Tresors der Banken, da augenblicklich die Lage des Wertpapiermarktes für ihre Unterbringung nicht günstig ist. Es scheint vielmehr, als ob in nächster Zeit derartigen Emissionen noch größere Schwierigkeiten entgegenstehen werden als bisher. Es finden sich keine Käufer für die jungen Aktien. Diejenigen Kreise, die im vergangenen Jahre am Börsenspiel gut verdienten, haben sich bereit, ihren Gewinn in Sachwerten anzulegen oder ihn in Bädern und Kuroorten zu verbüßeln. Wir stehen jetzt einer unverkennbaren Knappheit am Kapitalmarkt gegenüber, und es ist kaum anzunehmen, daß diese in absehbarer Zeit nachlassen wird. Da andererseits die Industrie nur weiterarbeiten kann, wenn sie ihr Betriebskapital in dem Maße erhöht, wie die Materialpreise usw. steigen, so wird sie durch den herrschenden Zustand in die Hände ausländischer Kapitalisten getrieben, die jetzt gewissermaßen für ein Butterbrot deutsche Industriebetten erwerben können.

Interessengruppen und Genossenschaften. Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. hat in Gemeinschaft mit anderen Interessentenorganisationen an den Schupverband der deutschen Konsumindustrie, Braunschweig, ein Schreiben gerichtet, in der das Befremden darüber ausgesprochen wird, daß der Schupverband neue Verkaufs- und Lieferungsbedingungen von sich aus festgesetzt hat, während dies bisher gemeinsam durch alle Beteiligten zur allseitigen Zufriedenheit geschah. Die Verbände fordern nun, ehe sie ihren Einfluß auf ihre Mitglieder zur Anerkennung der Bedingungen geltend machen, daß eine gemeinsame Sitzung zur Aussprache über Ertrag und Inhalt der neuen Bedingungen stattfinden soll. — Das distatorische Vorgehen der Produzenten ist typisch für das Machtbewußtsein, mit dem einzelne Fabrikantenpartei die Marktlage auszunutzen suchen. Es ist dringend zu wünschen, daß der organisierte Raubzug gegen die Verbraucher durch eine genossenschaftliche Kontrolle der Endkategorie befristet wird.

Geldentwertung und Betriebskapital der Genossenschaften. Auf dem Verbandstag des Verbandes nordwestdeutscher Konsumvereine am 6. und 7. Mai in Salzuflen (Westfalen) wurde bei der Erörterung des Themas „Geldentwertung und Betriebskapital der Konsumgenossenschaften“ der Gedanke der Anspruchnahme von Staats- und Gemeindegeldern von zwei Delegierten gefordert. In der Aussprache über den Antrag fanden sich außer den beiden Antragstellern keine Befürworter dieser an sich schon alten Idee. Vielmehr wurde unter Hinweis auf die allgemeine Finanznot von Reich, Staaten und Gemeinden die genossenschaftliche Selbsthilfe als einzig zuverlässiges Mittel zur Förderung der Verbraucherorganisationen und zur Anbahnung genossenschaftlicher Gemeinwirtschaft angesprochen. Auch die Gründe der Freiwilligkeit und Selbständigkeit wurden dafür ins Feld geführt, auf die eigene Kraft zu bauen, wobei das misglückte Experiment mit den russischen Genossenschaften durch die Sowjetregierung als schlagender Beweis zur Geltung gebracht wurde. Die gelegentliche Benutzung öffentlicher Kredite für gemeinnützige Hilfsaktionen, insbesondere etwa die Beteiligung von Gemeinden an genossenschaftlichen Obligationen und Hilfsmassnahmen wurden nicht abgelehnt, da sie etwas anderes bedeuten als Staats- und Gemeindegeld. Der Antrag verfiel denn auch der Ablehnung durch den von 88 Vereinen und 9 anderen Organisationen mit 347 Abgeordneten besetzten Verbandstag gegen nur 3 Stimmen.

Kein freier Handel mit Einfuhrkohlen. Die Mitteilungen und Gerüchte, daß die Einfuhr englischer Kohlen völlig freigegeben worden wäre, entsprechen nicht den Tatsachen. Es ist gegen früher lediglich infolge einer Aenderung eingetreten, als der Verbraucherkreis für ausländische Kohle für die Zeit vom 1. Mai bis 31. August dieses Jahres erweitert worden ist, so daß innerhalb dieser Frist außer der Exportindustrie nunmehr auch der Hausbrand und die inländische Industrie ausländische Kohlen beziehen dürfen. Dagegen bleiben alle anderen Beschränkungen für die Einfuhr und den Zwischenhandel mit ausländischer Kohle nach wie vor bestehen.

Konkurrenzgründung gegen Sarotti. Der Konflikt in der Sarotti-A.G., die bekanntlich ganz unter schwedischem Einfluß gekommen ist, hat jetzt zur Gründung einer neuen Katakoo- und Schokoladenfabrik geführt. Diese nennt sich Hoffmann Schokolade- und Katakoo-Industrie, Kommanditgesellschaft auf Aktien, und hat ihren Sitz in Berlin. Das Kapital beträgt 20 Millionen Mark. Alleiniger persönlich haftender Gesellschafter ist der frühere Generaldirektor der Sarotti-A.G., Max Hoffmann. Dem Aufsichtsrat gehören u. a. an Dr. Hjalmar Schacht (Nationalbank für Deutschland) und Dr. Stresemann.

Zollunion Belgien-Luxemburg. Der „Moniteur Belge“ veröffentlicht die amtliche Mitteilung der belgischen Ministerien des Aeußeren und der Finanzen, daß die am 25. Juli 1921 in Brüssel zwischen Belgien und Luxemburg abgeschlossene Konvention betreffend die Wirtschaftsunion der beiden Länder am 1. Mai d. J. in Wirksamkeit getreten ist. Von diesem Tage an sind alle im Großherzogtum Luxemburg bestehenden Zoll- und Abgabenverordnungen außer Kraft gesetzt, während an ihre Stelle die entsprechenden belgischen Vorschriften treten. Die Zollgrenze zwischen beiden Ländern ist vom genannten Tage an aufgehoben.

Ein russischer Maschinentrust. In Moskau hat sich ein Trust von Maschinenfabriken gebildet, der 12 Fabriken im Moskauer Gouvernement umfaßt. Die Produktion für 1922 wird 47 Proz. der Vorkriegserzeugung betragen. Das Aktienkapital beträgt 10 Millionen Vorkriegsrubel.

Der Postetat.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags geht zunächst ein Schreiben des Ministeriums des Innern, worin die Genehmigung zur Straferfolgung gegen den Abg. Thomas (Komm.) wegen Bestechung nachgefragt wird, an den Geschäftsordnungs-Ausschuss. Die Interpellation der Unabhängigen über die Vorgänge bei den Straßen-demonstrationen vor dem Reichstag wird innerhalb der Geschäftsordnungsmäßigen Frist auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die Beratung des Etats des Postministeriums wird beim Titel „Ministergehalt“ fortgesetzt.

Abg. Jubell (U. Soz.) bezweifelt, daß die Sparkommission fruchtbringende Arbeit leisten kann, und verlangt, mindestens 2000 höhere Beamte durch mittlere zu ersetzen. Durch den Erlaß des Ministers über die Reumahlen der Beamtensauschüsse sei neue Erregung in die Beamtenschaft hineingetragen worden, weil ihr dadurch der letzte Rest ihrer gesetzlichen Rechte genommen werden soll. Vielfach werden Beamte verlegt oder gemahregelt, nur weil sie außerhalb des Dienstes von ihren staatsbürgerlichen Rechten Gebrauch gemacht haben. Große Ungerechtigkeiten und Härten würden hervorgerufen durch die Art, wie man verheiratete Leute bei der Post entläßt und zum Teil sogar durch junge Mädchen im Alter von 16 bis 20 Jahren ersetzt.

Abg. Morath (D. Sp.) beklagt die falsche Personalpolitik der Post. Im übrigen gibt der Redner seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß es gelungen ist, in mancher Beziehung den Postbetrieb wieder vorbildlich zu machen.

Reichspostminister Giesberts:

Die Erfahrungen des Rechnungsjahres 1921 berechtigen uns zu der Annahme, daß mit den Gebührenhöhen vom Januar wieder Ueberschüsse erzielt werden können. Durch die Besoldungserhöhungen hat die Post 9 Milliarden Mehrausgaben, und durch die Erhöhung der Materialpreise noch 3 Milliarden, insgesamt also circa 12 Milliarden Mark mehr tragen. Darum sind Ersparnisse und höhere Tarife unbedingt notwendig. Nach der neuen Vorlage soll die Postkarte im Ortsverkehr 75 Pf., im Fernverkehr 1,50 Mark, der Brief im Ortsverkehr bis 20 Gramm 1 Mark, im Fernverkehr je nach Gewicht 3 Mark, 3,50 und 4 Mark kosten. Das Druckfachporto soll mit 50 Pf. beginnen. Der befürchtete Rückgang des Postverkehrs nach der letzten Erhöhung ist nicht eingetreten. Es wird die Frage zu prüfen sein, wie die achtstündige Arbeitszeit reiflos ausgenutzt werden kann. Die Posthelfer werden nicht, wie behauptet wurde, einfach auf die Straße gesetzt. Wer länger als fünf Jahre bei uns beschäftigt ist, hat Anspruch auf eine vierwöchige Kündigung und bekommt als Abfertigung einen Monat Gehalt. Wir sind den Posthelfern Dank schuldig, und somit es geht, ist für sie gefordert worden. Aber wir sind gezwungen, langsam wieder Ordnung in diesen Verhältnissen zu schaffen. Die Helfersfrage muß wieder in die richtigen Bahnen gelenkt werden, zumal die Post, sobald besondere Bedürfnisse auf-

treten, für bestimmte Perioden auf Hilfskräfte angewiesen ist.

Die Anhäufung der Beamten an einzelnen Stellen erklärt sich daraus, daß die Beamten aus den abgetretenen Gebieten möglichst in der Nähe ihrer alten Heimat bleiben möchten. Auf solche Wünsche müssen wir Rücksicht nehmen. Wir hoffen, daß bald ein Weg gefunden wird, um die gerechten Besetzungen der mittleren Beamtenschaft zu beseitigen, und daß

die Frage der verheirateten Beamtinnen, von denen fälschlicherweise behauptet wird, sie täten ihre Pflicht nicht mehr, geregelt wird. Der Minister geht dann auf einzelne Be-

träge zu erörtern und war im November des Jahres 1920 nur noch wenige Prozent hinter dem Verkehr im Jahre 1913 zurück.

Abg. Dellus (Dnat. Sp.) fordert die Aufrechterhaltung der Rentabilität der Verkehrsnetze, was aber nicht mit Hilfe der Erdröpfung des Verkehrs erreicht werden könne.

Staatssekretär Teufe: Es ist falsch, daß zuviel Verwaltungs-dienst im Postwesen getan wird. Nur 52 Proz. der Gesamtein-nahmen werden für Verwaltungszwecke verwendet.

Abg. Heydemann (Komm.) steht im Postwesen überall nur Rückwärts.

Schluß 8 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr.

SPD.

Allgemeine Funktionärversammlung

am Freitag, den 19. Mai, abends 6 Uhr
in den Germania-Sälen, Chausseest. 110

Tagesordnung:

Politik im Berliner Rathaus

Referent Genosse Hugo Heimann

Die Vorgänge in der Berliner Stadtverordnetenversammlung nötigen zu einer entschiedenen Stellungnahme. Es werden deshalb alle Funktionäre zur Teilnahme an der Versammlung aufgefordert. Die Stadt- u. Bezirksverordneten sind hiermit eingeladen. Mitglieds-buch und Funktionärausweis legitimiert. Der Bezirksvorstand.

schwerbefalle ein und sagt dann weiter, daß mit der Besserung der Verhältnisse unseres Wirtschaftslebens auch im allgemeinen die Ausgestaltung des Postbetriebes Schritt gehalten hat. Das Pflicht-bewußtsein und Verantwortungsgefühl bei Beamten und Angestellten sei wiedergekehrt. Die Postausfälle seien gegen-über 1920 auf ein Zehntel zurückgegangen. Der Telegraphen- und Telephonverkehr habe eine sehr erhebliche Ausdehnung erfahren, die Zahl der Ferngespräche sei um 50 Proz. gestiegen, und gegenwärtig seien 500 Postautomobile in Betrieb. Mit den Postverwaltungen der anderen, auch der ehemals feindlichen Länder hat sich ein gutes objektives Zusammenarbeiten ergeben. Der Ausbau der tech-nischen Einrichtungen, insbesondere des Fernsprechnetzes, wird nach besten Kräften gefördert. Auf diesem Gebiete darf nicht falsche Sparamkeit geübt werden. Unser Streben geht dahin, möglichst vollkommene technische Verkehrsmittel zu haben. Wenn die Gelder dafür nicht aufgewandt werden, so wird großer wirt-schaftlicher Schaden entstehen. Der Postbetrieb beginnt die alte

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Vereinigung für Schul- und Erziehungsfragen Berlin-Treptow. Donnerst- tag 8 Uhr öffentliche Versammlung im Zeichenlokal der 6. Gemeindefschule, Trept- ow, Wilmersbühler Str. Herr Studienrat Dr. Wendt spricht über „Biolo- gischer Unterricht“ (unter Berücksichtigung der Schulpädagogik).

Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerverständnis. Dienstag abend 7 1/2 Uhr in der Aula der Leibniz-Oberrealschule, Charlottenburg, Schiller- straße 125, Vortrag des Genossen Pfarrer Bleier über „Vaterland und Reichs- heit“. Diskussion.

Briefkasten der Redaktion.

Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. — Jeder für den Brief- kasten bestimmten Anfrage füge man einen Zuchhaben und eine Nummer bei. Eilige Anfragen trägt man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 7, 1. Hof part. links, vor. Schriftstücke und Beiträge sind mitzubringen.

7. 6. 100. Zunächst müßte der Betriebsrat eingreifen; sodann der Schlicht- ungsausschuss. Die Beschäftigung von Arbeitern aus anderen Betrieben nebenbei ist unzulässig; hier wäre es Pflicht der betr. Organisationen, einem solchen Treiben Einhalt zu gebieten.

8. 77. Unterhaltspflichtig ist nicht, wer bei Beschäftigung seiner sonsti- gen Verpflichtungen außerhause ist, ohne Gefährdung seines handesmäßigen Unterhalts den Unterhalt zu gewähren. — 8. 8. 999. Bis zum Juni 1921. Regen Sie Einspruch ein. — 8. 8. 1. Den Kindern stehen drei Viertel, dem Stiefvater ein Viertel zu. Die dem Stiefvater gehörenden Gegenstände ge- hören nicht zum Nachlaß. 2. Der Stiefvater hat gegenüber den Kindern seiner Frau aus erster Ehe keinerlei rechtliche Verpflichtungen. — 8. 8. 94. 1. In jedem Falle finden die Vorschriften über den Vindikation und den Eigentum- serwerb keine Anwendung. 2. Ja; die Hälfte. 3. Ihre Frau muß sich an das Amtsgericht wenden. Kosten entstehen durch den Austritt nicht. — 8. 8. 9. 1. Mit der Abgabe der Erklärung ist die Angelegenheit erledigt. 2. Ja. 3. Kosten entstehen nicht. — 8. 37. 1. Ja, sofern kein laufendes Miet- vertrag vorliegt oder Ihre Mutter sich nicht verpflichtet hat, den jeweils greiten- den Höchstzuschlag zu zahlen. 2. Wenden Sie sich an das für Ihren Bezirk an- wiesende Polizeiamt. — 8. 8. 44. 1. An die Waisenkapulation oder das Wohl- fahrtsamt Ihres Bezirks. 2. Unseres Erachtens ist das gesetzl. wie Ihre Adresse ist uns nicht bekannt. — 8. 6. 1. Ja, Sie können sich erst, wie Ihre Mutter an der Sache beteiligen. 2. Der Geh hat nur formelle Bedeutung. 3. Ja. — 8. 8. 1. 1. Ja. 2. Wenden Sie an das Bezirksamt den Antrag um Erhaltung der Steuer, da Ihr Einkommen weniger als 10 000 M. betragen hat. 3. Ja, sofern von Ihnen oder dem Hauswirt die Zahlung der gesetzlichen Rente ver- langt wird. — 8. 8. 25. Rein. Die 14tägige Kündigungsfrist besteht noch wie vor, sofern keine andere vereinbart ist.

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung
beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise
Koch & Seeland G. m. b. H.
KochstraÙe 20-21.



25000 gr. bar
für ein Wort
oder einen Satz
Jahres gratis
Potsdamerstraße
134

Wollen Sie ebenso
gut sehen
und aussehen,
dann holen Sie sich heute
noch einen patentierten

Lohmann-Kneifer
in der alleinigen Verkaufsstelle Groß-Berlins
Potsdamer Str. 134
Man verlange Prospekt 6 kostenfrei.

Verband der Fabrikarbeiter.
Dienstag, den 16. Mai, abends 6 Uhr,
in der Aula der Realschule Dresdener Straße 113:
Funktionärkonferenz
sämtlicher Funktionäre der Zahlstelle Gr.-Berlin
des Verbandes der Fabrikarbeiter.

Tagesordnung:
Die neuen Beschlüsse des Beirates!
Die Tagesordnung ist äußerst wichtig, daher darf kein
Funktionär fehlen.
Mitgliedsbuch und Funktionärausweis legitimieren, ohne
diese kein Zutritt.
13/1* Die Ortsverwaltung, J. K. & A. Müller.

Bezirksverb. Berlin
der SPD. Abteil. 101
Treptow
Am 7. Mai ver-
starb plötzlich un-
sere langjährige
Genossin
Lydia Scheibel
Widweib. 81.
Einw. 100000!
Einsparung
Mittwoch, mit-
tags 12 Uhr, im
Remonteur Baum-
schulienweg Zahl-
stelle 4/20
Die Ablebnngsfeier.



D. R. G. M.
Allen voran
beim Einkauf von
Brillanten + Platin
Gold- u. Silber-Bruch
Uhren, Zahngelassen, Ketten, Münzen
die renommierte Firma
Juwelier H. Wiese
Artilleriestraße 30
3 Min. v. Bahnhof Friedrichstr.
u. Passauer Str. 12
(Ecke Augsburger Straße)
1 Min. v. Wittenbergpl. — Bnl. Zoo
unmittelbar Nähe Kadewe
handelsger. eingetr. Firma
Telephon Norden 1030.
Steinplatz 11893.
Eigene Schmelze

Dr. R. Friedberg
(früher Berlin)
praktiziert wieder
Bad Kudowa

Suche zur
Erdboerwertung
Edelsteine
u. Edelmetalle
zu höch. Preisen
G. Schliephacke
Juwelier
Friedrichstraße 210
Ede Kochstr.

Buchhdl. Vorwärts
Berlin SW, Lindenstr. 2

**Sonntage eines
Großstädtlers
in der Natur**
Von
Kurt Grottwitz
Mit einem
Vorwort
von
Wilhelm Bölsche
br. 10 M., geb. 10 M.

Bei
Korpulenz — Fettleibigkeit
sind **Dr. Hoffbauers** gef. grif.
Entfettungs-Tabletten
ein vollkommen unschädlich u. erfolg-
reiches Mittel ohne Einhalten einer
Diät. Reine Schilddrüsen, Rein Ab-
führmittel. (Wsp.) Großschiffe gratis.
Einfanten-Apotheke
SW 19, Leipziger Str. 74, Dönhofpl.



Delft. Altholländische Stadt.
Schon im 16. Jahrhundert ge-
nießen die Delfter Fayencen
europäischen Ruf.
Maffary-Delft. Bekannte
Zigarette. **Edel, wie der Name.**
Worüber noch einiges zu be-
merken bleibt.

Bilanz per 31. Dezember 1921

Klasse	Staat	Passiva	Staat
Arbeitslohn	3 422 453,18	Arbeitslohn - St.	2 000 000,—
Bankkonten	2 700,—	Ordnungsbücher	200 000,—
Bausparnisse	98 875,—	Erneuerungsfonds	50 407,25
Schuldner	570 365,06	Salonsteuer - Re-	40 000,—
Schuldner	299 024,02	teresse	—
Bausparnisse	152 734,—	Nicht vorgelagte	—
Kasse-Konto	2 038,08	geliebte Obligati-	3 000,—
Karl Galm, Höt-	—	ter	—
berg, Erläuterung-	—	Nicht vorgelagte	—
übernahme für 21	—	Staatenscheine	5 250,—
699 000,—	—	Geldbesitz	349 638,08
durch	—	Verpflichtung aus	—
Sicherungsdepot	—	der 4 1/2 % Obligati-	—
theil auf d. Grund-	—	onsanleihe	—
stück Lindenstraße	—	St. 699 000,—	—
101/102	—	Gewinn	1 060 778,50
gekauft	—		
Teilschuldner	—		
unfr. Grundstück	—		
St. 699 000,—	—		
	4 809 190,23		4 809 190,23

Bilanz der Möbelfabrik Osten Eingetr. Genossen-
schaft m. b. H.

Aktiva	Passiva
Kassa-Konto ... M. 39,52	Anteil-Konto ... M. 210,—
Bank-Konto ... 12 439,47	Darlehens-Konto ... 54 712,70
Debitoren-Konto ... 27 040,30	Kreditoren-Konto ... 16 062,05
Waren-Konto ... 91 567,05	Reservenfonds-Kto. ... 6 100,—
Maschinen- und Werkzeug-Konto ... 28 935,—	Steuerrücklage-K. ... 10 000,—
105,6)	Gewinn- u. Verlust- Konto ... 72 926,79
Summa M. 150 021,54	Summa M. 150 021,54

Die Haftpflichtsumme aller Genossen beträgt 210 M.
Die Anzahl der Genossen betrug bei Beginn des Geschäfts-
jahres 7. Eingetreten ist kein, ausgetreten 1 Genosse. En-
bleiben mithin 6 Genossen. Aug. Tatisch. F. Faltesen.

Abessinier-Pumpe
f. Saubere
Wasserversorgung
u. Selbst-
aufhebung
Rob. Brice
Potsdamer Str.
877, Kottbus
im Süden, Bf.

Gold- u. Silber-Bruch
Brillanten etc.
zahlt die höchsten Tagespreise
Juwelen-Einkaufs-
Gesellschaft
Hopenfeld & Co.
Berlin Antwerpen
Beuthstraße 12
(Spittelmarkt)

Spez. Beh. **Ischias**
nur für
L. Hüft-, Ges. u. Bein
Da schw. Fülle in 15
Tag. des. hierüb. un-
angenehm. Heilerfahr.
best. u. Ref. Invaliden
105, v. 10-2. Jacoby

Dezimalwagen
Tafelwag., Gewichte,
Mäßig Preis, Gutes Lager.
Georg Wagner
Cöpenicker Str. 71
1. Kais. Landpostamt.

2 Millionen Mark
werden nächster Tage verwandt, um
Gold- u. Silbersachen,
Brillanten, Schmucksach., Ferngläser,
Uhren, alte Münzen, Platin
zu hohen Preisen aufzukauften
Zahngelisse, Zahn bis 300 Mark.
Karl Hodam, Linkstr. 33-34,
an der Eichhornstr., Potsdamer Platz.

KON LINON
Echte Walthorius Kienfong - Essenz
extrahiert.
(Destillat) 1/2 Fl. M. 60, bei 24 Fl. M. 110 frk. u.
inkl. Zu haben in Apoth. u. Droger. Herst.
Laboratorium E. Walther, Halle a. S. - Trotha 143

Franzbranntwein 1/2 Literfl. **Kopp & Joseph**
M. 70,— Berlin W 80
1/2 Literfl. M. 120,— Potsdamer Straße 122
vorzügliche Qualität

Wildunger Helenenquelle
Schriften und billigste
Bezugsquellen durch
Fürstl. Wildunger
Mineralquellen A.-G.,
Bad Wildungen, 29

